

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Vierteljährlich 4,40 Mk., monatlich 1,20 Mk.,  
 frei ins Haus, vorausgeschickt. Einzelne  
 Nummern 10 Pfennig. Postbezug:  
 monatlich, vom Posthalter abzuholen  
 1,80 Mk., vom Briefträger ins Haus ge-  
 bracht 1,94 Mk. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 4.— Mk., für das übrige Ausland  
 5,50 Mk. monatlich. Bestand ins Feld  
 bedienter Besetzung monatlich 2.— Mk.  
 Postbestellungen nehmen an: Däne-  
 mark, Holland, Luxemburg, Schweden  
 und die Schweiz. Eingangs in die  
 Post-Zeitungs-Preisliste.

**Anzeigenpreis:**  
 Die Abgebildete Kolonietabelle  
 40 Hg. „Kleine Anzeigen“, das  
 fertige Blatt 30 Hg. (täglich  
 2 fertige Blätter), jedes weitere  
 Blatt 15 Hg. Streifenlänge und  
 Schließelanzüge das erste Blatt  
 20 Hg., jedes weitere Blatt 10 Hg.  
 Blatt über 15 Buchstaben zahlen für  
 zwei Blätter. Leuzungsgebühr 20%  
 Familien-Anzeigen, politische und  
 gesellschaftliche Berichts-Anzeigen  
 40 Hg. die Zeile. Anzeigen für die  
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
 nachmittags im Hauptgeschäft beim  
 E. D. G. Lindenstraße 3, abgereicht  
 werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis  
 7 Uhr abends.

Telegraphisch-Adressen:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. **Donnabend, den 21. September 1918.** Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

# Deutschlands Ja - Amerikas Nein!

**Amlich wird gemeldet:**  
 Die gestern durch den kaiserlichen Botschafter in Wien  
 überreichte deutsche Antwort auf die Friedensnote der  
 I. und I. österreichisch-ungarischen Regierung hat folgenden  
 Wortlaut:

Der unterzeichnete kaiserliche Botschafter beehrt sich, auf die  
 sehr geschätzte Note des I. und I. Runderlums des kaiserlichen und  
 königlichen Hauses und des Reichs vom 14. d. M. folgendes zu  
 erwidern: Die Aufforderung der I. und I. Regierung an alle kriegs-  
 führenden Staaten zu einer vertraulichen, unverbindlichen Aussprache  
 in einem neutralen Lande über die Grundprinzipien eines  
 Friedensschlusses entspricht dem Geiste der Friedensbereit-  
 schaft und Gerechtigkeit, den die verantwortlichen Staats-  
 männer des Vierbundes und die berufenen Vertreter der  
 verbündeten Völker immer wieder bezeugt haben. Die  
 Annahme, die früher ähnliche Schritte bei unseren  
 Gegnern fanden, ist nicht ermutigend. Die kaiserliche Re-  
 gierung begreift aber den neuen Versuch, die Welt dem von ihr  
 erzielten geschiedenen und dauernden Frieden näher zu bringen, mit  
 dem aufrichtigen und ernsten Wunsch, daß die von diesem Ver-  
 antwortungsgefühl und edler Menschlichkeit eingegebenen Dar-  
 legungen der I. und I. Regierung diesmal den erhofften Widerhall  
 finden mögen.

Im Namen der kaiserlichen Regierung hat der Unter-  
 zeichnete die Ehre zu erklären, daß Deutschland bereit  
 ist, an dem vorgeschlagenen Gedankenaus-  
 tausch teilzunehmen.

Das Neuterburau erzählt: Da die österreichisch-ungarische  
 Note nicht an die feindlichen Regierungen gemeinsam, sondern  
 an jede einzeln gerichtet ist, hält man es für unwarhaft ein-  
 lich, daß eine gemeinsame Antwort von Seiten der  
 Alliierten gegeben werden wird. Die Haltung der verschiedenen  
 Ententemächte bezüglich der österreichisch-ungarischen Note sei  
 durch die Erklärung verantwortlicher Minister der europäischen  
 Alliierten und durch den Präsidenten Wilson mit genügender  
 Klarheit dargelegt worden.

Etwa gleichzeitig läuft folgende Meldung ein:  
 Wien, 19. September. Der schwedische Gesandte in  
 Wien hat heute im Auftrag seiner Regierung dem öster-  
 reichisch-ungarischen Ministerium den Text der Antwort der  
 Regierung der Vereinigten Staaten auf die  
 Note der österreichisch-ungarischen Regierung vom 14. Sep-  
 tember zur Kenntnis gebracht, welche der schwedische  
 Gesandte in Washington dem Ministerium des Auswärtigen  
 in Stockholm übermittelt hat.

Der Text dieser Antwort lautet:  
 Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Zuschrift vom 16. Sep-  
 tember zu bestätigen, mit welcher mir eine Note der österreichisch-  
 ungarischen Regierung mitgeteilt wurde, die einen Vorschlag an die  
 Regierungen aller kriegführenden Staaten enthielt, dahingehend,  
 diese mögen die Delegierten zu einer vertraulichen und unverbind-  
 lichen Aussprache über die Grundprinzipien eines Friedens-  
 schlusses entsenden. Hierbei wurde vorgeschlagen, die Dele-  
 gierten zu beauftragen, einander die Auffassungen ihrer  
 Regierungen über jene Prinzipien zur Kenntnis zu bringen,  
 analoge Mittelungen entgegenzunehmen, sowie offene und freimütige  
 Ausklärungen über alle jene Punkte zu erbiten und zu erteilen, die  
 einer Präzisierung bedürfen. In Erwiderung hierauf be-  
 ehre ich mich, mitzutteilen, daß der Inhalt Ihrer Mitteilung dem  
 Präsidenten vorgelegt worden ist, welcher mich beauftragt, Ihnen  
 bekanntzugeben, daß die Regierung der Vereinigten Staaten auf die  
 Anregung der österreichisch-ungarischen Regierung nur eine Ant-  
 wort erteilen zu können glaubt:

Sie hat wiederholt und mit vollem Freimut die Bedin-  
 gungen festgelegt, unter welchen die Vereinigten Staaten einen  
 Friedensschluß in Erwägung ziehen würden. Sie kann und  
 will sich mit keinem Konferenzvorschlag  
 über eine Angelegenheit befassen, hinsichtlich  
 welcher sie ihren Standpunkt und ihre Absichten so  
 klar dargelegt hat.

Diese beiden Meldungen, die Deutschlands Zustimmung  
 zum österreichischen Konferenzvorschlag und Amerikas Ab-  
 lehnung verkünden, bringen sachlich nichts Neues, sie ent-  
 sprechen den offiziellen Ankündigungen, die von beiden Seiten  
 gemacht worden sind, dem Sinne und zum Teil sogar dem  
 Wortlaut nach. Die unklare Fassung der amerikanischen Note  
 verrät kein gutes Gewissen, sie sieht fast so aus, als ob man  
 sich den Weg offen lassen wollte, später zu erklären, sie sei  
 eigentlich gar keine Ablehnung gewesen, obwohl sie  
 gar nicht anders denn als solche wirken kann.

Österreich hat formell eine Besprechung vorgeschlagen.  
 Amerika sagt materiell, es könne sich nicht „mit einem Kon-  
 ferenzvorschlag befassen über eine Angelegenheit, hinsichtlich  
 welcher sie ihren Standpunkt und ihre Absichten so klar dar-  
 gelegt hat“. Wenn Amerika auf diesem seltsamen Stand-  
 punkt beharrt, so ist eine Friedenskonferenz überhaupt un-  
 möglich, denn selbst mit einem dazu bereiten Gegner muß

## Infanteriekämpfe an der Opernfront — Gefechte bei Souzeaucourt und Epheh — Neue feindliche Angriffe zwische Somme und Omignon-Bach

Berlin, 20. September 1918, abends. Amlich.  
 Von den Kampffronten nichts Neues.

Amlich. Großes Hauptquartier, 20. Sep-  
 tember 1918. (WIS)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

**Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.**  
 Infanteriekämpfe nördlich von Bilschote und südlich  
 von Opera verliefen für uns erfolgreich. Ein Vorstoß der  
 Engländer nordwestlich von Hulluch wurde abgewiesen. Bei  
 örtlichen Unternehmungen bei Noeuxves und am Walde  
 von Harincourt machten wir Gefangene; in Noeuxves  
 sprengten wir zahlreiche Unterstände des Feindes.

**Seeresgruppe Doehn.**  
 Auf dem Schlachtfeld am frühen Morgen heftiger Feuer-  
 kampfs. Starke Teilangriffe, die der Feind gegen Souzeau-  
 court und beiderseits von Epheh mehrfach wiederholte,  
 wurden abgewiesen. Bayerische Regimenter und Preussische  
 Jäger zeichneten sich hierbei besonders aus. Einseitige An-  
 griffe richtete der Feind nach hartem Feuer am frühen Morgen  
 und in den Mittagsstunden gegen unsere Linien zwischen  
 Omignon-Bach und der Somme. Sie sind hier auch  
 gestern überall vor unseren Linien gescheitert.

**Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.**  
 Nördlich der Aisne machten wir bei eigenen Unter-  
 nehmungen am Gehöft Bouraine und westlich von Jony  
 130 Gefangene. Infolge unseres Artilleriefuers, das das  
 Unternehmen westlich von Jony vorbereitete, kam ein beabsichtigter  
 Angriff des Feindes nicht voll zur Entwicklung und wurde ab-  
 gewiesen.

**Seeresgruppe Gallwitz.**  
 Kleinere Vorfeldkämpfe. Ueber dem Gefechtsfeld zwischen  
 Maas und Mosel schoß das Jagdgeschwader 2 unter  
 Führung des Oberleutnants Freiherrn von Soden in der Zeit  
 vom 12.—18. September 81 feindliche Flugzeuge ab, es verlor  
 selbst im Kampf nur 2 Flugzeuge. Leutnant Buchner errang  
 seinen 30. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister.  
 Lubendorf.

## Der österreichische Bericht.

Wien, 20. September. Amlich wie verlautbart:  
 Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe an der venezianischen Gebirgsfront lebten  
 gestern auf neue auf.  
 Nördlich des Col Isabella und des Col Rosso ge-  
 lang es der Italienern vorübergehend in unsere Gräben einzu-  
 dringen. Ungefähr einhundert Gegenstoß warf sie sogleich  
 wieder hinaus.

Westlich des Asolone und im Gebiet des Col del Orso  
 schlugen unsere braven Regimenter italienische Anstürme in er-  
 bitterten Nahkämpfen zurück. Der Feind erlitt schwere Verluste.  
 Bei Sondona scheiterte abermals ein feindlicher Uebergangs-  
 versuch.

**Westlicher Kriegsschauplatz.**  
 Bei den I. u. I. Truppen keine besonderen Kampfhandlungen.

**Albanien.**  
 Geringe Geschäftstätigkeit.  
 Die feindlichen Fluganlagen von Salona wurden durch  
 unsere Flieger mit Erfolg angegriffen.  
 Der Chef des Generalstabes.

man doch schließlich darüber reden, wie die mit ihm schweben-  
 den Streitfragen geregelt werden sollen. Die amerikanische  
 Note ist darum mehr ein Ausweichen als eine Antwort.

## Die Beschiesung von Mex.

Mex, 20. September. Eine weitere amtliche Mitteilung, die in  
 den hiesigen Blättern veröffentlicht wird, besagt: Nach kurzer Dauer  
 hat der Feind die Fernbeschiesung von Mex wieder ein-  
 gestellt. Rund vierzig Schuß hat er in drei Tagen gegen  
 die Stadt abgegeben. Das schnelle Aufhören der Beschiesung  
 danken wir unserer Fernartillerie, die dem weittragenden feind-  
 lichen Geschütz das weitere Verbleiben in seiner Stellung verleidete.

## Der Kampf um Balu.

**Nückzug der Engländer nach Nordpersien.**  
 Die von Balu gemeldeten Ereignisse werden nunmehr von  
 englischer Seite bestätigt. Reuter erzählt: Die in Balu stehenden  
 britischen Streitkräfte haben am 14. September die Stadt geräumt  
 und sich nach Nordpersien zurückgezogen.

## Plumpe Polizeiwirtschaft!

Berlin und Köln.

In Berlin und fast gleichzeitig in der großen Metropole  
 des Westens, in Köln, ist die arbeitende Bevölkerung in berech-  
 tigte, nicht geringe Erregung versetzt worden durch  
 Eingriffe in ihre staatsbürgerlichen Rechte, die sich die Behörde  
 in einer geradezu unbegreiflichen Verblendung gestattet.

In Köln war man so gnädig gewesen, eine Versammlung  
 zu gestatten, man hatte erlaubt, daß der Landtagsabgeordnete  
 Genosse Gaenisch in ihr das Wort ergriff, als aber der  
 Redner auf die innerpolitische Frage des Tages, die preu-  
 sische Wahlreform zu sprechen kam, sprang der über-  
 wachende Beamte auf und erklärte, er dürfe nicht gestatten, daß  
 der Redner über diesen Gegenstand spreche. Auf die Frage, was  
 ihn zu diesem abenteuerlichen Verbot veranlasse, berief sich der  
 Beamte auf eine geheimnisvolle höhere Weisung, ohne daß  
 aus ihm herauszubekommen war, welchem Herrn dieser Einfall  
 sublimen Staatsweisheit entspringen war.

Es ist zu hoch, um es fassen zu können! Der Kanzler redet  
 über die Wahlreform, der Vizekanzler redet über die Wahl-  
 reform, alle Minister reden über die Wahlreform, die Kom-  
 mission des Herrenhauses gibt amtliche Berichte heraus über die  
 Wahlreform, alle Zeitungen sind voll von der Wahlreform. Aber,  
 wenn ein preussischer Landtagsabgeordneter, dem doch die Sache  
 nahe genug liegt, zu preussischen Landtagswählern über die  
 Wahlreform reden will, wird ihm das verboten!

Unwillkürlich erinnert man sich einer berühmten, aber  
 wahren Geschichte aus der Zeit des Sozialistengesetzes.  
 Ein Redner, der von dem Beamten unaufhörlich unterbrochen  
 wurde, erlaubte sich, diesen darauf hinzuweisen, daß er doch nur  
 zum Thema spreche, worauf die Staatsstütze schlagfertig er-  
 widerte: „Ueber Thema darf nicht gesprochen werden!“ Das ist  
 es! Die preussische Wahlrechtsfrage ist das Thema des Tages,  
 über Thema darf aber nicht gesprochen werden.

Nach unvorstellbarer, sofern das überhaupt denkbar ist, liegt  
 der Berliner Fall. Eine Ermahnung ist angedroht, die  
 Unabgängigen berufen eine Versammlung ein, die selbst-  
 verständlicherweise gestattet werden muß, da ein Versammlungs-  
 verbot unbedingt zur Richtigkeit der zu vollziehenden Wahl  
 führen müßte. Wie aber der Redner des Abends, Abg. Paare,  
 das Wort ergreifen will, erklärt der überwachende Polizeihaupt-  
 mann Schend, diesem Redner sei das Reden verboten. Er  
 wird darauf hingewiesen, daß sein Vorgehen ungesetzlich ist und  
 daß die Flugzettel und Anschläge in denen Gaase als Redner an-  
 gekündigt ist, von der Behörde genehmigt sind. Tut nichts! Der  
 Hauptmann beruft sich, ganz wie sein Kölner Kollege, auf eine  
 „von oben“ gekommene Weisung, ohne daß man aus ihm heraus-  
 bekommen kann, wo der große Unbekannte zu finden ist. Der  
 Einberufer, Adolf Hoffmann, begibt sich ins Polizeipräsidium,  
 wird von einer verächtlichen Tür zur anderen geschickt und er-  
 hält schließlich den tröstlichen Bescheid, es bleibe bei dem Verbot,  
 er könne sich ja — beschweren!

Die Versammlung wartet indes in größter Spannung auf  
 das Ergebnis der Verhandlungen, sie erfährt, daß es negativ ist,  
 ihre Empörung findet lauten Ausdruck. Folge: sie wird  
 aufgelöst! Es kommt sogar zu bedauerlichen Tumulten,  
 nachdem der Polizeihauptmann aus noch immer nicht aufge-  
 klärten Gründen die Verhaftung Hoffmanns ausge-  
 sprochen hat. Wir fragen: war es denkbar, war es menschen-  
 möglich, daß die Sache einen anderen Ausgang nahm? Kein  
 klügelnder Verstand hätte einen besseren Plan erfinden können,  
 die Erregung der dichtgedrängten Versammlung künstlich zu  
 steigern, als es hier durch die Kopfsichtigkeit der Behörde ge-  
 schehen ist.

Und was hat die Behörde — in ihrem Sinne — sonst  
 erreicht? Sie hat zwei gewaltige Schläge ins Wasser getan!  
 Die Verhaftung Hoffmanns ist, wie von höherer Stelle be-  
 schiedlich mitgeteilt wird, zwar ausgebrochen, aber nicht  
 ausgeführt worden. Hoffmann war gestern — — un-  
 bekannt wo, nach 24 Stunden ist er aber ungreifbar, weil er  
 preussischer Abgeordneter ist. Ditto, das Redeverbot gegen  
 Gaase muß aufgehoben werden. Weist es aufrecht,  
 so kann die Wahl kein Resultat geben, das vom Reichstag,  
 nach seiner ganzen bisherigen Praxis, anerkannt werden  
 könnte. Der Reichstag müßte die Wahl für ungültig er-  
 klären, eine Neuwahl müßte stattfinden, und um diese gültig  
 werden zu lassen, müßten alle Beschränkungen der Agitation  
 für alle Parteien aufgehoben werden. Der begangene Fehler  
 muß schmerzhaft repariert werden, wenn die zu vollziehende  
 Wahl überhaupt noch Gültigkeit bekommen soll; das Rede-  
 verbot, das gegen Gaase und, wie es heißt, auch noch gegen  
 andere Redner besteht, muß schmerzhaft aufgehoben  
 werden!

Ebenso steht es mit dem Kölner Verbot, über das Wahl-  
 recht zu reden. Auch dieses Verbot ist unhaltbar. In  
 ein paar Wochen schon kann das Abgeordnetenhaus



aufgelöst sein, kann die jetzige Regierung oder ihre Nachfolgerin Neuwahlen ausgeschrieben haben mit der Parole: „Für das gleiche Wahlrecht!“ Wird auch dann noch den sozialdemokratischen Abgeordneten verboten werden, für das gleiche Wahlrecht zu reden? Man sollte meinen, selbst in Preußen wäre dies nicht denkbar!

In Köln und in Berlin berufen sich die bedauernswerten ausführenden Organe auf eine gemeinnützige höhere Macht, der sie ihre unmögliche Mission verdanken. Wer ist diese Stelle, die so kunstvoll alle inneren Gegensätze zu überwinden und eine geschlossene „innere Front“ gegen sich herzustellen versteht? Mit ihrer Gesetzkennntnis scheint es nicht weit her zu sein, und ihr Verständnis für politische Wirkungen ist gleich Null. Herzhaft aber und unbekümmert tapert sie in die innere Politik hinein, wie sie — vielleicht auch? — in die äußere Politik hineingetapert ist. In der Wilhelmstraße wüchelt man sich den kalten Schweiß ab und ringt die Hände, kann aber nichts gegen sie!

Wir würden unsere Pflicht versäumen, wenn wir nicht ein weithin sichtbares Warnungszeichen aufstücken. Die Situation des Reiches ist, nach außen und innen, schwer genug, man braucht sie nicht noch durch kopflose Maßnahmen zu erschweren. Die Bevölkerung, die durch Not an allem Mangel, durch Leid und Sorgen zermüdet, gerade aber in ihren besten Teilen im Punkt ihrer staatsbürgerlichen Rechte mit Recht sehr empfindlich ist, soll man nicht noch mutwillig vor den Kopf stoßen. Und auch die „Staatsautorität“ kann nicht das mindeste gewinnen, wenn sich mit großem Schmeiß erteilte Befehle morgen schon wieder als undurchführbar herausstellen, weil die gesetzlichen und tatsächlichen Grundlagen für ihre Durchführung fehlen. Das ist das sicherste Mittel, aus der „Staatsautorität“ einen Vogelschreck zu machen, um den die Kinder tanzen.

Die jetzige Regierung oder ihre Nachfolgerin muß sich darüber klar sein, daß sie von zwei Wegen einen wählen muß. Entweder kann sie versuchen, durch das System einer lückenlos geschlossenen, zum äußersten entschlossenen Diktatur die Lage zu retten, dann setzt sie alles auf eine Karte und spielt um ihre Krone. Oder sie muß in einer schwerbedrängten Situation ihre Zuflucht zur Freiwilligkeit, zu der mit durchschlagenden Gründen erzeugten besseren Einsicht des Volkes nehmen, und dann darf sie hoffen, durch Freiheit zu erreichen, was durch Zwang nie zu erreichen ist.

Wir brauchen nicht erst zu sagen, welchen Weg wir für den richtigen halten. Nur das eine möchten wir hinzufügen: Noch schlimmer als die durchgeführte Diktatur ist das hohe Spiel mit ihr, ist ein System, das ein unsympathisches Wollen mit einem den Spott herausfordernden Nichtkönnen verbindet. Von diesem System haben wir eben jetzt in Köln und in Berlin zwei Proben erlebt. Es ist genug, allzuviel davon können wir nicht ertragen!

## Französische Sozialisten zur Burian-Note

### Sembar gegen Lansing und Clemenceau.

Wien, 20. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In der französischen Presse zeichnen sich in bezug auf die Haltung zu dem Vorschlage Burians drei Richtungen ab: Die erste ist für platte Ablehnung des Vorschlages; die zweite für Ablehnung von Verhandlungen, aber für Vorlegung des Ententeprogramms; die dritte, die nur oppositionelle Sozialisten umfaßt, will die Gelegenheit zu Verhandlungen nicht versäumen. Zur zweiten Richtung gehört das „Journal des Debats“, welches betont, daß es unmöglich sei, ohne Hinzuziehung von Vertretern der zukünftigen Staaten zu verhandeln, die durch Herabsetzung Oesterreich-Ungarns oder seine Umwandlung in unabhängige Staaten entstehen werden, wobei das „Journal des Debats“ die Möglichkeit äußert, daß in eine eventuell aus ihm konstruierte Föderation auch Gebiete einbezogen werden könnten, die in die heutige Monarchie nicht einbezogen sind. Hiermit wird auf die austro-polnische Lösung von Ententegegnern angespielt, welche in gewissen Entente-kräften als Programm einer künftigen Einkreisung Deutschlands Anhang hat. Bemerkenswert ist, daß das „Journal des Debats“ mit Bedauern betont, daß Italien bei der Anerkennung der Tschechoslowaken und Südslawen nicht mittut.

Der zweite Gruppe gehören auch Organe der radikalsten Sozialisten an, z. B. „Radical“ und „Honore Progres“, der es einen Triumph der Entente nennt, daß Deutschland in der Böhmen-Rede Worte der Demokratie und Vernunft ausgesprochen. Derselben Gruppe gehört auch die „Humanité“ an, worin am Dienstag Deutsches nach heftigen Ausfällen gegen die Heuschrecke der Mittelmächte zur Vermeidung des Abtritts für Kriegsdauer eine gemeinsame Ententeantwort forderte, welche namentlich gemeinsame Verhandlungen ablehnen müsse; wogegen Sembar am Mittwoch im Leitartikel entschieden gegen die Antwort Lansing und gegen die Rede Clemenceaus polemisiert. Sembar ist höchst ärgerlich, da sie überstürzt und ohne vorheriges Einvernehmen mit den Alliierten erteilt sei. Zum ersten Male seit Kriegsbeginn habe eine Regierung einen entschlossenen, feierlichen Vorschlag zu Verhandlungen gemacht. Hierauf eine Antwort zu geben, sei nicht unnützlich, sondern im höchsten Maße wichtig. Der Senat beschloß den Maueranschlag der Rede Clemenceaus. Oesterreich und Deutschland werden sie auch aufschlagen. Clemenceau übernahm den deutschen Gedanken des Siegfriedens. Clemenceau, Lansing, Valfour haben gesprochen, die Entente noch nicht. Wir fordern, daß sie spricht, vorher aber überlegt.

Bemerkenswert ist, daß sogar Baranne in der „Heure“ die Burian-Note verführerisch, wenn gleich nicht gefährlich nennt und eine gemeinsame Antwort fordert. Hingegen wetteifert Compere Morel in „France Libre“ mit den extremsten Chauvinisten. Er zieht gegen einen Kompromißfrieden los und erklärt, die einzige Weise für die Entente, mit Deutschland zu verhandeln, sei, das Wort ihren bewundernswerten herrlichen Soldaten zu lassen. Die chauvinistischen Töne Compere Morels hängen damit zusammen, daß er sein Mandat radikalistischen Stimmen verdankt.

Welche Tendenz der Artikel des „Avanti“ zur Burian-Note hat, ist nur aus den Zensurakten ersichtbar.

Der Präsident des Budgetausschusses Peret macht einen Vorschlag über die Strafe, die Deutschland auferlegt werden soll. Er fordert im „Exportateur francais“ eine in zehn Jahren aufzubringende Kapitalsteuer von dem dreihundert Milliarden betragenden Nationalvermögen und außerdem eine Kriegsentwöhnung.

## Die interalliierte Arbeiterkonferenz und die österreichische Friedensnote.

„Keine negative Politik einschlagen!“

London, 10. September. (Neuer.) Die Arbeiterkonferenz erörterte zwei auf Rußland bezügliche Resolutionen, von denen die erste von dem belgischen, französischen, italienischen und serbischen,

die zweite von dem amerikanischen Delegierten eingebracht war. Beide Resolutionen sprechen in gleichlautenden Ausdrücken den russischen Arbeiter- und sozialistischen Organisationen ihre Sympathie aus. Während aber die erste Resolution die Arbeiter der alliierten Länder vor den schweren Gefahren einer Interventionspolitik in Rußland warnt, verteidigt die zweite die Ansicht, daß die alliierten Regierungen den Völkern Rußlands in rückhaltloser Weise erklären sollten, daß die bewaffnete Intervention in der Hoffnung auf Erfolg, dem unheilvollen Einfluß der Mittelmächte auf die „so genannte“ Bolschewiki-Regierung entgegenzuwirken.

Die Konferenz hat die Note eingehend erwogen und ist der Ansicht, daß die alliierten Regierungen keine negative Politik einschlagen, sondern gemeinsam mit den Vereinigten Staaten mit gleicher Bestimmtheit und Klarheit ihre eigenen Kriegsziele klarstellen sollten.

Die Arbeiterkonferenz hat auf Vorschlag des Vorsitzenden den Bericht über die österreichische Note ohne Abstimmung angenommen.

In der Debatte über die österreichische Note sagte Combers nach einem weiteren Neuterbericht: Die amerikanische Delegation sei mit der Resolution nicht einverstanden gewesen, da sie es nicht für erwünscht erachte, irgendwie einen indirekten Einfluß auf die Handlungen der alliierten Regierungen auszuüben. Da aber eine Übereinstimmung über diese Frage in der Kommission bestanden habe, würde er und seine Kollegen jetzt die Beschließung der Mehrheit unterstützen. Merrheim von der Confédération du travail wandte sich gegen jene Wendung in der Beschlüßung, die behauptet, daß die österreichische Note den Standpunkt vertrete, die habsburgische Dynastie innerhalb der Monarchie zu stärken. Er war der Ansicht, daß dies eine gefährliche Wendung sei, da jedem Friedensvorschlag der Zentralmächte durch die Entente mit der Behauptung begegnet würde, daß sie ein Kriegsmanöver sei. Vandervelde war mit der Kommission bezüglich des von ihr geäußerten Zweifels an der Aufrichtigkeit und dem guten Willen der österreichischen Regierung einig. Thomas, der französische Delegierte, sagte, daß es eine gute Gewohnheit der Sozialisten in Westeuropa sei, den Regierungen hier und da einen Wink und einen Stoß zu geben. In bezug auf die scharfe Ablehnung der österreichischen Note durch Amerika sagte er, es wäre gut, wenn die anderen Ententemächte jetzt eine ergänzende Antwort an Oesterreich gelangen lassen würden. Bezüglich der anderen Fragen, zum Beispiel der jugoslawischen, die von Wilson nicht berührt wurden, war Thomas der Ansicht, daß die Alliierten noch einmal deutlich auf ihre gemeinsame Stellungnahme hierzu eine Erklärung abgeben müßten.

## Mistral für Verhandlungen mit den deutschen Sozialisten.

Wien, 10. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Im Leitartikel der „Humanité“ kritisiert Mistral scharf die Haltung von Vandervelde, Brouderes, Henderson und Thomas, welche die Einberufung einer internationalen Konferenz wegen des Festhaltens der deutschen Mehrheit an ihrem Stockholmer Memorandum ablehnen. Diese Genossen sind insofern ihrer früheren Vognerschaft in der Konferenzfrage befangen. Tatsächlich findet man in der Erklärung der deutschen Delegation eine Prinzipialerklärung, die den von London aufgestellten Bedingungen „Friede ohne Annexionen, strafweise Entschädigung, Selbstbestimmungsrecht der Völker“ absolut entspricht.

In bezug auf die Anwendung dieser Prinzipien bleibt als einzige ernsthafteste Meinungsverschiedenheit die Elsaßfrage, aber auch aus der Erklärung der Mehrheit geht hervor, daß sie die Erzielung dieser Frage anerkennt. Wir haben die Aufgabe, sie zu überzeugen. Jedenfalls sind die Neutralen mit den Ententesozialisten einig über die Notwendigkeit, die Elsaßfrage gemäß dem Rechte zu lösen. Auch die deutschen Unabhängigen, mit welchen Vandervelde u. a. verhandeln wollen, nahmen nicht die Auffassung des Londoner Memorandums über die Elsaßfrage an. Sie erkennen Frankreich das Recht auf Rückforderung zu, verwerfen aber den Krieg als Mittel, diesem Recht zum Triumph zu verhelfen. Dergleichen machten die Bulgaren einen entscheidenden Vorbehalt gegen den Londoner Beschluß in der mazedonischen Frage. Trotzdem gehen Vandervelde und Thomas darüber hinweg, weil sie wissen, daß die Ententesozialisten nicht beanspruchen dürfen, alle Kriegsfragen mit vollkommener Kenntnis und Unparteilichkeit behandelt zu haben.

Thomas lehnt die Konferenz auch wegen der Weigerung der deutschen Genossen, über die Schuldfrage zu debattieren, ab, aber London machte die Schuldfrage nicht zur Bedingung der Konferenz. Jedermann weiß, daß man auf der Konferenz um die Schuldfrage nicht herumkommen wird. Aber jeder man begreift auch, daß die Sozialisten aller Länder vor allem sich mit dem Frieden und seinem Inhalt befassen und geschichtliche Fragen unterordnen müssen, worin einer dem anderen nichts vorzuwerfen hat. Die Stockholmer Erklärung zeigt, daß die deutsche Mehrheit den vollen Inhalt dieser Frage erkennt. Was aber die Haltung während des Krieges anlangt, so scheint die Strenge der französischen Wechseltler gegen die Deutschen übertrieben, da sie dieselbe regierungsfremdliche Politik betrieben haben. Wenn die Wechseltler der Ententesozialisten die Landesverteidigung und den Glauben an gutes Recht geltend machen können, so die der deutschen Sozialisten dergleichen.

Über all diesen Streitereien bleibt als Tatsache bestehen, daß die Sozialisten in Deutschland ebenso wie überall die einzige Partei sind, welche

### frei von Verantwortung für die Entstehung des Krieges

ist, und daß sie ihr Möglichstes taten, um den Krieg zu verhindern. Sie predigten immer den Verständigungsfrieden und sind über die großen Friedensgrundsätze mit uns einverstanden. Daß es Sozialisten mit gleichen Idealen unmöglich ist, sich zu verammeln, während die Regierungen, welche für den Krieg verantwortlich sind und entgegengesetzte Anschauungen haben, dies schließlich tun werden, ist ein Axiom. Endlich ist es kindisch, eine internationale Aktion zu lähmen, weil eine Gruppe über Sonderpunkte der Anwendung gemeinsamer Prinzipien abweichender Meinung ist. Fürchten wir die Debatte mit der deutschen Partei? Das Werk der internationalen Konferenz wird auch dann nicht vergeblich sein, wenn eine Differenz über einzelne Punkte verbleibt.

Die Kritik des Genossen Mistral läßt erkennen, wie bedeutungsvoll die an anderer Stelle unserer heutigen Nummer abgedruckte Unterredung Eberts mit Troelstra gerade im gegenwärtigen Augenblick der Auseinandersetzungen in der Internationale sind.

Das neue ungarische Wahlgesetz. Budapest, 20. September. Das Amtsblatt veröffentlicht das mit der königlichen Sanction versehenes Gesetz über die Wahl der Mitglieder des Abgeordnetenhauses.

## Der russische Bürgerkrieg.

### Die Ufaer Konferenzen der Gegenrevolutionäre.

Moskau, 10. September. (RIA) Zusammen mit der Reichskonferenz wurde in Ufa der allrussische Handels- und Industriekonferenz eröffnet, bei dem die Deputierten aus Sibirien, Ural und dem Wolgaland zugegen waren. In der einleitenden Rede wies Krasnopolkin auf die Notwendigkeit einer Militärdiktatur in Rußland hin. Der frühere Staatsanwalt im Synod Lwow erklärte, daß dem Aufbau der Regierung das Eigentumsprinzip zugrunde liegen muß. Die Sozialisten können als Macht nicht anerkannt werden.

Der entlassene Minister der sibirischen Regierung, Grischin Almasow, hat sich, wie ein aus Penza angelommener Sowjetführer berichtet, dem Entlassungsbefehl nicht unterordnet und beschloß, seinen Vertreter, General Swanow, zu verhaften. Außer Grischin sind auch Michajlow und Serebrennikow entlassen. Die sibirische Regierung durchlebt eine scharfe Krise.

Laut Petersburger Telegraphen-Agentur erhält sich in Moskau hartnäckig das Gerücht, daß Ende August in Wladiwostok General Chorwat, der sich seinerzeit in Sibirien aufgehalten hat, verhaftet worden sei. Als Grund der Verhaftung wird angegeben, daß Chorwat die Absicht gehabt hat, die Sache zu verraten, für die er gewonnen worden war, und zu den Feinden überzugehen.

Laut Stockholmer Meldung hat der Kosakenführer Semennow, der bisher unabhängig von der sibirischen Regierung handelte, in Tschita einen Vertrag unterzeichnet, wonach er sich gänzlich den Befehlen der sibirischen Regierung in Wladiwostok unterordnet.

Nach Meldungen Moskauer Blätter hat Lenin am Sonntag nachmittag zum ersten Male wieder das Krankenbett verlassen und den Besuch Jinnowjewitsch empfangen. — Von den verschiedenen Fronten des Bürgerkriegs meldet die Petersburger Telegraphen-Agentur eine Reihe von Geschehnissen, bei denen die Roten Soldaten teilweise zurückgehen mußten. Im Teregebiet haben die Kosaken vorübergehend die Kaulosustadt Wladikawkas besetzt, sich aber dort nicht halten können. Mit Hilfe des Stammes der Tuguschi ist es den Sowjettruppen gelungen, Wladikawkas zurückzuführen. Dagegen haben an der Südbahnhoffront die Kosaken mit bedeutenden Kräften die Offensive ergriffen und die Sowjettruppen zum Rückzug gezwungen. — Im Bezirk von Kasan haben Sowjettruppen auf dem rechten Wolga-Ufer Tschulpannma und Schalanga genommen. Auf dem linken Ufer sehen sie ihr Vorgehen in südöstlicher Richtung fort. In der Richtung der Nordbuna ist der Gegner mit einem Kanonenboot und 10 bewaffneten Schiffen bis zur Mündung der Schuscheda vorgeedrungen, wurde aber dann gezwungen, sich in die Gegend der Mündung der Woga zurückzuziehen.

Aus Tschelabinsk und Samara wird, wie aus Stockholm verlautet, nach Wladiwostok gemeldet, daß die Bolschewiken Truppen, die gegen Perm und Kungur zogen, geschlagen wurden. An den Kämpfen, die sich erst entwickelten, als die Bolschewiken ziemlich schnell gegen Osten marschierten, beteiligten sich Kosaken, Polen, Serben und Tschechoslowaken. Der Angriff wurde von der Flanke etwa in der Richtung Sarapul auf Dabessh Orhanski ausgeführt. Die Bolschewiken zogen sich zunächst von der Station Tschalfo zurück, worauf auch das Gros der Truppen weichen mußte. Eine Nachricht von Sowjetseite liegt noch nicht vor.

Nach einer Meldung der Ukrainischen Telegraphen-Agentur sind die Angriffe der Bolschewiki an der Karpatfront zurückgeschlagen worden. Im Choper Kreis im Dongebiet schlugen Kosaken die Bolschewiki auf breiter Front.

### Aus den Hetman- und Atamanreichen.

Kiew, 18. September. Die Versammlung des Donheeres wurde am 18. September geschlossen. Eine Entschlüsselung billigt die äußere Politik des Ataman Krasnow gegenüber den Mittelmächten, die auf der Verdrängung der beiderseitigen Interessen beruhe, ohne das Dongebiet in den Kampf für oder gegen Deutschland hineinzuziehen; sie begrüßt die Anbahnung guter Beziehungen zu der Ukraine und fordert die weitere Entwicklung derselben; sie brüdt die Sympathien für die Petrowillienarmee aus, mit der das Dongebiet gemeinsam die Bolschewiki bekämpft und fordert die engen Beziehungen zum Kubangebiet und die Bildung eines aus dem Don, Kuban- und Teregebiet und anderen Teilen Südost-Rußlands bestehenden einheitlichen Staatskörpers.

Im Handelsministerium gehen laut Zeitungsmitteilungen die Vorarbeiten für Handelsverträge mit Georgien, Polen, Finnland und Wehrhland vor sich.

Ein Erlaß des Ministers des Innern für die Post- und Telegraphenverwaltung schärft ein, daß das Ukrainische die alleinige Amtssprache sei und bei allem Amtverkehr allein angewandt werden müsse. Alle Beamten müssen das Ukrainische erlernen. Der Erlaß ist um so bedeutungsvoller, als gerade in letzter Zeit eine heftige Kampagne für die Einführung des Russischen als gleichberechtigte Amtssprache geführt wurde.

Berlin, 19. September. Der Hetman Skoropadski ist von seinem Besuche in Deutschland wieder nach der Ukraine zurückgekehrt und in Kiew eingetroffen.

## Die Anfänge der französisch-russischen Allianz.

### Ein französisches Gelbbuch.

Die französische Regierung hat, wie die Frankfurter Zeitung meldet, am Donnerstag im Parlament ein Gelbbuch verteilt mit Altensünden über die Anfänge der russisch-französischen Allianz. Man erinnert sich, daß Ribot im vorigen Jahre diese Veröffentlichung als Antwort auf die Enthüllungen der Bolschewiki verhängte. Das Gelbbuch enthält in der Hauptsache jedoch nur die militärische Konvention vom Dezember 1893, in der Frankreich und Rußland sich gegenseitig militärische Unterstützung zusagten für den Fall einer Bedrohung durch den Dreiebund. Die französische Regierung will auf diese Weise einen Beweis für den defensiven Charakter der Allianz erbringen, sie scheint aber nicht die Absicht zu haben, Dokumente zu veröffentlichen über die Entwicklung dieser Allianz im Laufe der Jahrzehnte, insbesondere seit dem Jahre 1904, von wo an die Allianz sich immer mehr zu einem Angriffsbund entwickelte.

Neue Austauschverhandlungen in der Schweiz. Am 23. September beginnen in Bern unter dem Vorsitz der Schweizerischen Regierung Verhandlungen zwischen deutschen und amerikanischen Delegierten über den Austausch, die Internierung und die Behandlung der beiderseitigen Kriegs- und Zivilgefangenen sowie über die Entlassung und die Befreiung des Sanitätspersonals.

Die „Großmutter der Revolution“. Die sozialrevolutionäre Frau Wreschko-Beschonokowa ist nicht, wie kürzlich gemeldet wird, gestorben. Aus Tschelabinsk wird gemeldet, daß sie erkrankt ist.



Deutscher Jugendfürsorgetag.

Der gestern in Berlin zusammengetretene Deutsche Jugendfürsorgetag, einberufen auf Anregung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit, ist sehr stark besucht.

Jugendämter als Träger der öffentlichen Jugendfürsorge im Reich.

Am ersten Verhandlungstag übernahm Staatssekretär Lisco den Vorsitz.

Die Reihe der Vorträge wird eröffnet durch Prof. Dr. Krumler, Frankfurt a. M., der über die Notwendigkeit des Ausbaus der öffentlichen Jugendfürsorge im Reich sprach.

In der Besprechung ergriff als erster Redner der Reichstagsabgeordnete Genosse Heinrich Schulz das Wort. Ich sehe, sagte er, die Ursachen der zur Fürsorge nötigen Lebensstände in Mängeln unserer Gesellschaftsordnung.

Ein Vortrag vom Verwaltungsdirektor Dr. Blau - Stroburg behandelte

„Ein Reichsgesetz über Jugendämter.“

Als Aufgabe der öffentlichen Jugendfürsorge bezeichnete er die Bewahrung jedes erzeugten Menschenlebens bis zur Volljährigkeit vor sozialer Not und zu ihrem Teil die Heranziehung eines leistungsfähigeren Nachwuchses des deutschen Volkes.

In der sehr ausgedehnten Besprechung wurden von vielen Rednern die Beziehungen des Vormundschaftsrichters zum Jugendamt erörtert und ziemlich einmütig seine Mitarbeit im Jugendamt gefordert.

Deute wird die Tagung fortgesetzt.

Groß-Berlin

Wie einer zu Stiefeln kam.

Vor Schuhwarengeschäften stehen täglich Hunderte Polonäse, genau so wie vor Nahrungsmittel- oder Zigarrenläden. Es sei wieder eine Masse Stiefel eingetroffen.

Einige werden ungeduldig: „Ja, gib's bald was!“ Da ruft eine Ladenfee schnippisch: „Es gibt überhaupt nichts, bastanden?“

Ein Herr läßt, als sich alle ärgerlich verkrümeln, doch nicht locker. Geht hinein: Ob er nicht ein Paar leberne Schnürstiefel kriegen könnte.

„Nein, sind keine da, die Rejale stehn ja leer. Det sehn Sie doch!“

Er sieht nicht, mag nicht sehen. Meint nur, zur Verkäuferin geredet, vielleicht ließe sich doch ein Paar auftreiben. Dabel schließt er ihr einen Zwanzigmarschein zu.

„Na, ich will mal schauen.“ Sie verschwindet (denn unten im Kellerlager sind ja die Vorräte sorgsam aufgestapelt).

Nach einer Weile kommt das Fräulein wieder. Und sieh nur einer: der Herr kriegt, was er wünschte. Was die Stiefel kosten?

„45 Mark.“

Mit dem Zettel geht er zur Kassiererin. Legt 45 M. hin.

„Mein Herr, das stimmt nicht!“

„O bitte sehr — genau!“

„Wieso denn?“

„Ganz einfach — das Fräulein dort hat ja schon Zwanzig weg.“ Zwei perplexer Gesichter.

Spöttlich lächelnd verließ der glückliche Besitzer neuer Trittlinge den Laden.

Fuchschlaubeit ist zu manchem gut, Wenn man sie nur besitzen tut. ek.

Post-Abonnenten

Die Bezugs-Bestellungen auf den „Vorwärts“ sind sofort bei der Post zu erneuern, wenn beim Vierteljahrwechsel in der Zustellung keine Unterbrechung eintreten soll.

Ein unbenutztes Wöchnerinnenheim.

Am Viktoriapark hat die Stadt Berlin vor wenigen Jahren die wunderschöne Hofmannsche Villa an der Kleinen Parkstraße erworben. Da die Stadt nicht gleich eine Verwendung hatte, so wurde auf Anregung des Mieterbundes Groß-Berlin ein Kinderhort darin untergebracht.

Kein Grund, sich zu beklagen?

Der Berliner Magistrat äußert sich nochmals zu unserer wiederholten Feststellung, daß die Zentralstelle für Krankenversicherung von einer Schwangeren, deren Niederkunft nicht zu dem erwarteten Zeitpunkt eintrat, vor der Weiterbewilligung von Misch eine neue Schwangerschaftsbescheinigung forderte.

Berliner Lebensmittel.

Für frische Fische haben noch die Abstände 0,9 zur Entnahme von 1 Pfund Geltung. Ebenso gelten noch für Räucherwaren die Abstände 1,0 und 1,1 für je 1/2 Pfund.

Wie wenn ein Dieb beim Stehlen ertwischt wird!

Die Jagd auf Hamster scheint sich manchmal in einer Form abzuwickeln, die doppelt erschütternd wirken muß. Es ist schon traurig genug, wenn einer nach all den Mühen und Kosten so einer Hamsterjagd die glänzlich erbeuteten Lebensmittel sich wegnehmen lassen soll und dann noch einen Strafbefehl in reichlicher Höhe zu erwarten hat.

Wahlrecht der Militärpersonen.

Aus Anlaß der bevorstehenden Reichstagswahl im ersten Berliner Reichstagswahlkreis wird zur Beteiligung von Zweiteilern darauf hingewiesen, daß die zum Heeresdienst einberufenen, dem Beurlaubtenstande angehörenden Militärpersonen nicht wählen dürfen, auch wenn ihr Name in der Wählerliste steht.

Die Frau in der Armenpflege.

Seit anderthalb Jahrzehnten können in Berlin den Armenkommissionen der Stadt auch Frauen angehören, aber die Zahl dieser Armenpflegerinnen ist noch immer sehr bescheiden. Der letzte erschienenen Verwaltungsbericht über die Armenpflege, der das Verwaltungsjahr 1916/17 (1. April 1916 bis 31. März 1917) behandelt, weist nur von 175 weiblichen Mitgliedern der Armenkommissionen zu melden.

Die Kleidernot der Beamten.

Der Vorstand des Verbandes deutscher Beamtenvereine hatte sich an die Reichsbekleidungsstelle mit der Bitte gewandt, bei der Sammlung von Mitleidern auf die Stände- und wirtschaftlichen Bedürfnisse der deutschen Beamenschaft inlichts Rücksicht zu nehmen.

Die Beurlaubung der Beamten durch die von der Reichsbekleidungsstelle veranlaßte Sammlung von Mitleidern ist unangebracht und beruht auf einer irrtümlichen Auffassung dieser Maßnahme. Nach dem Inhalt des Rundschreibens der Reichsbekleidungsstelle vom 18. April soll die Abgabe entbehrlicher Bekleidungsstücke eine freiwillige Leistung bilden.

Gewerbegericht und Kaufmannsgericht in der Kriegszeit.

In Berlin haben beim Gewerbegericht und beim Kaufmannsgericht unter dem Einfluß der durch den Krieg verursachten besonderen Verhältnisse die Prozesse sich vermindert.

Beim Gewerbegericht belief sich die Zahl der neu eingegangenen Klagen ohne die vor Abhaltung des ersten Termins erledigten in 1914/15 auf 10.053, in 1915/16 auf 9890, in 1916/17 auf nur 6180.

Dem Kaufmannsgericht hatte schon das zweite Kriegsjahr eine bedeutende Klagenverminderung gebracht. Sie dauerte im dritten fort, war aber nicht mehr so stark. Hier gingen in 1914/15, 1915/16, 1916/17 5225, 8062, 2273 neue Klagen ein, ohne die vor



Abhaltung des ersten Termins erledigten. Streitgegenstand war auch hier hauptsächlich Zahlung rückständigen Gehaltes (im dritten Jahr 480mal, im Vorjahr 82mal) und Gehalts- oder Entschädigungsansprüche wegen vorzeitiger Entlassung (im dritten Jahr 154mal, im Vorjahr 181mal).

**Amtliche Papiersparris.** Mehrere Tage, nachdem jedermann die Rundgebung Hindenburgs an Heer und Heimat und die Essener Kaiserrede in der Zeitung gelesen hat, werden heute beide Zeilen an allen Ecken und Enden in Groß-Berlin und wahrscheinlich im ganzen Reich öffentlich angeschlagen. Ja ist denn das Papierpargebot aufgehoben?

Die Einrichtung eines Wohnungsnachweises hat der Berliner Magistrat beschlossen. Er soll sich auf Wohnungen aller Größen erstrecken. In Verbindung damit wird eine Polizeiverordnung des Polizeipräsidenten über Vermietung und Vermieteter Wohnungen ausgearbeitet.

**Feuerbekämpfung.** Seit dem Jahre 1916 besteht im Friedhofsbureau, Rathaus, Zimmer 104, eine amtliche Stelle zur Aufbewahrung legitimer Anordnungen der Feuerbekämpfung. Der Feuertor erhält einen Hinterlegungschein, gegen dessen Mißbrauch ihm die Urkunde jederzeit wieder ausgetauscht wird. Im Todesfall wird die Erklärung dem Inhaber des Hinterlegungscheins nach Vorlegung der Sterbeurkunde ausgetauscht oder auf Wunsch dem zuständigen Polizeirevier überhandt. Gebühren werden nicht erhoben.

Der Berliner Stadtverordneten-Versammlung ist von dem Stadtverordneten Varentin und Genossen (L. S.) folgender Antrag unterbreitet worden: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zweeks Beratung über eine Verbesserung der städtischen Beamten und Angestellten eine gemischte Deputation einzusetzen.“

**Nahrennbahn Treptow.** „Das Goldene Rad“ gelangt am Sonntag zur Entscheidung. Das Feld, welches zur Entscheidung antritt, ist, was Zahl anbelangt, selbst in Friedenszeiten nicht erreicht worden. Die Rennen beginnen bereits um 8 Uhr.

**Charlottenburg. Stadtverordnetenversammlung.** Die Sitzungsausschüsse zur Stadtverordnetenversammlung, die im vorigen Jahre um ein Jahr vertagt worden sind, sollen nunmehr in diesem Jahre stattfinden. Als Termin ist festgesetzt: für die dritte Abteilung: Montag, den 11. November, von 11 bis 7 Uhr, für die zweite: Dienstag, den 12. November, von 11 bis 3 Uhr, und für die erste Abteilung: Mittwoch, den 13. November, von 11 bis 3 Uhr. Hausbesitzer müssen in der dritten Abteilung gewählt werden im ersten, zweiten, vierten, fünften und sechsten Bezirk. Von den acht Bezirken, die zur Neuwahl stehen, sind fünf, und zwar der erste, zweite, dritte, fünfte und sechste im sozialdemokratischen die übrigen drei in liberalem Geist.

Nach der Vorlage des Magistrats sollen die Beamten, soweit sie kinderlos verheiratet sind, in Tarifklasse V eine einmalige Kriegsteuerungszulage von 540 M., in Tarifklasse IV von 700 M., in Tarifklasse III von 900 M. und in Tarifklasse II von 1000 M. erhalten. Hierzu kommen für jedes Kind 15 Proz. der vorstehenden Sätze. Unverheiratete, die Familienangehörigen in gemeinschaftlichem Haushalt Unterhalt gewähren, sollen wie Verheiratete ohne Kinder behandelt werden, sonstige Unverheiratete, soweit sie sich nicht in freier Station befinden, sollen 70 Proz., Unverheiratete in freier Station 50 Proz. der Sätze für Verheiratete ohne Kinder, die im Heeresdienst stehenden Personen 75 Proz. der Sätze erhalten. Den an städtischen Schulen auftrags- oder beratungsweise beschäftigten Lehrpersonen soll die einmalige Kriegsteuerungszulage gezahlt werden, insoweit sie nach den staatlichen Grundbilden den an den öffentlichen Volksschulen und an den staatlich unterhaltenen Lehranstalten beschäftigten Lehrpersonen gewährt wird. Für die städtischen Arbeiter, die laufende Kriegsteuerungszulagen in Form eines Kriegslohnzuschlages beziehen, mit Ausnahme der Feuerwehmannschaften, die wie Beamte behandelt werden, soll der Teuerungszuschlag mit Wirkung vom 1. Juli ab um 25 Pf., d. h. von 45 auf 70 Pf., für die Arbeitsstunden erhöht werden. Weiter sieht die Vorlage auch Teuerungszulagen für die städtischen Ruhegeldempfänger und Witwen- und Waisenpensionempfänger vor, nicht aber für die Kriegsdienstverweigerer. Diese Personen sollen vielmehr durch Erhöhung ihrer Vergütung mit Wirkung vom 1. Juli ausbessert werden. Nach längerer Debatte, in der besonders von sozialdemokratischer Seite die Gewährung von Teuerungszulagen auch an die Kriegshilfskräfte wie überhaupt eine Besserstellung dieser Kräfte und eine Aufbesserung der Löhne für die Beamten der untersten Klasse gefordert wurde, hat die Stadtverordnetenversammlung die Vorlage einem Ausschuss überwiesen.

**Wilmersdorf. Röhrgaraberteilung.** Bei der Ausgabe von Berechtigungscheinen für die Röhrgaraberteilung gelten als Ausweis für selbständige Gewerbetreibende nur der Steuerzettel (1918) oder Gewerbeschein, für Angestellte nur die letzte Quittung über gezahlte Beiträge zur Krankenkasse. Eine genaue Einhaltung der für die Entgegennahme der Berechtigungscheine angegebenen Termine liegt im Interesse jedes Beteiligten.

**Reinickendorf. Gewährung von Teuerungszulagen.** Die Gemeindevertretung wählte in ihrer letzten Sitzung den Stadtratsherrn Dr. Kurt Kühnemann auf weitere 6 Jahre zum unbedingten Gemeinbesitzer. Die Entwicklung der Sparkasse — der Bestand der Sparkassen betrug seit Neujahr eine Zunahme von 5 Millionen Mark — macht die Errichtung einer neuen Zweigstelle notwendig, die am 1. Oktober in der Provinzialstraße Ecke Pankower Allee eröffnet werden soll. Die Gemeindevertretung stimmt dem Vorschlag zu. An Stelle des ausgeschiedenen Genossen Seltze wählte die Vertretung den Genossen Zeising zum Mitglied der Schulddeputation. Zur Verteilung der Müllsalammittel wird die Verteilung eines Rückzahlungsplans beschlossen. Die Rückzahlungsbeiträge pro Kubikmeter 3 M. Infolge der ständigen Steigerung der Teuerung beantragte der Gemeindevorstand die Erhöhung von bisherigen laufenden Teuerungszulagen und Gewährung einmaliger Zulagen an die Angestellten der Gemeinde. Es wird u. a. beschlossen, den Gemeindevorstand, Hilfsangehörigen und Arbeitern eine einmalige Teuerungszulage nach den staatlichen Grundbilden zu gewähren. Für die am 1. Oktober noch nicht ein Jahr bei der Gemeinde beschäftigten Hilfsbureaukräfte und Arbeiter soll die einmalige Teuerungszulage nach der Dauer der Beschäftigung berechnet werden, so daß die seit dem 1. Januar Beschäftigten drei Viertel der Sätze, die seit dem 1. April Beschäftigten die Hälfte und die seit dem 1. Juli Beschäftigten ein Viertel erhalten.

**Marlow. Die letzte Gemeindevertretersitzung beschloß, in Anbetracht der Teuerung den Polizei- und Polizeihilfsbeamten zu ihrem Arbeitslohn einen Zuschlag von 100 Proz. zu bewilligen. — Als weiterer Punkt war die Festlegung einer einmaligen Teuerungszulage an die Beamten, Angestellten und Hilfsarbeiter auf der Tagesordnung. Vom Gemeindevorstand wurde beauftragt, dem Sachverwalter den Staatsbeamten gesamt wird, auch an die krieglichen Beamten und Angestellten zur Auszahlung zu bringen. Vom Gemeindevorstand wird vorgeschlagen, noch über diese Sache hinauszugehen. Dasselbe wünscht ein Gesuch der Gemeindevorstand. Beschlossen wurde, die Angelegenheit einer Kommission zu überweisen. Bis zur Regelung soll an sämtliche Beamten, Angestellten und Hilfsarbeiter ein Vorschuß in Höhe der gezahlten Summe für die Staatsbeamten mit dem Grundbeitrag von 250 M. und ein Monatsgehalt für Verheiratete, und 70 Proz. dieser Summe für Ledige zur Auszahlung gelangen. Für Kinder wird 10 Proz. Zuschlag gewährt.**

**Kriegskriegshagen. Lebensmittel.** Auf Abschnitt 127 der neuen Lebensmittelkarte gelangen je 100 Gramm Suppenmischung und auf Abschnitt 11 der grünen Lebensmittelkarte für Jugendliche je 100 Gramm Suppen zum Preise von 22 Pf. zur Ausgabe. — In der Kriegsküche ist ein großer Vorrat Weizen abzugeben.

## Soziales.

**Ein sozialpolitisches Programm des Reichsversicherungsamts.**

Als solches dürfen wir wohl die zwar nur kurzen, aber inhaltreichen Ausführungen des Präsidenten des Reichsversicherungsamts, Dr. Kaufmann, anprechen, die dieser auf einer Krankentagung am 28. August in Coblenz machte. Schon auf der vorjährigen Tagung des Verbandes Deutscher Ortskrankenkassen hatte Dr. Kaufmann die Aufgaben geschildert, die an die Krankenkassen als die mit den breiten Massen eng verbundenen und von ihrem vollen Vertrauen getragenen mächtigen Förderer der Volksgesundheit herangetreten werden. Die Bekämpfung der drei großen Feinde der Volksgesundheit, der Tuberkulose, der Trunksucht und der durch den Krieg vererblich vermehrten Geschlechtskrankheiten, die Beseitigung des Wohnungsnotstands, die Sorge für Mutter, Kind und Familie werden dabei in erster Reihe stehen.

Kunmehr redet er einer Gemeinschaftsarbeit aller Versicherungsträger das Wort.

Schüler an Schuler mit den Krankenkassen würden bei dem Werte der Erneuerung und Vermehrung unserer lebendigen Wertquellen Berufsvereinigungen und Landesversicherungsanstalten die Hände rühren. Ihnen allen wird beratend und führend das Reichsversicherungsamt zur Seite stehen. Der Krieg habe aber gelehrt, daß nur durch strenges Zusammenfassen aller Kräfte und nur durch ihre zielbewusste Ausnutzung Großes geleistet werden könne. Auch in der Arbeiterversicherung würden sich die Aufgaben der Zukunft nur dann befriedigend lösen lassen, wenn anstatt eines nicht selten planlosen Nebens- und Gegeneinanderarbeitens mit seinen bedauerlichen Reibungen, Kräfte- und Zeitverlusten Krankenkassen, Berufsvereinigungen und Landesversicherungsanstalten geschlossener als bisher vorgehen. Entbehrliche Aufwendungen an Geld und Arbeitskraft durch organisatorische Zersplitterung mühten vermieden werden.

Der geschichtliche Werdegang der deutschen Arbeiterversicherung, bei dem die drei genannten Gruppen von Versicherungsträgern zeitlich nacheinander ins Leben traten, habe in der Reichsversicherungsordnung noch stark fortgewirkt. Hier könne der Gesetzberecher der Zukunft, ohne die Grundlagen der bisherigen Organisation überschreiben zu müssen, vieles ausgleichen. Bis dahin lasse sich auch im Verwaltungsbereich manches verbessern. Versicherungssollte Anläufe lägen schon vor, so in den vom Reichsversicherungsamt veranlaßten Vereinbarungen zwischen Berufsvereinigungen und Krankenkassen wegen Durchführung eines wirksamen Heilverfahrens in den ersten 13 Wochen nach dem Unfall, an die Annäherung der Krankenkassen und Landesversicherungsanstalten bei der Tuberkulosebekämpfung, der Einrichtung der sich erteulich entwickelnden neuen Beratungsstellen für Geschlechtskranke und bei der Wohnungsfürsorge, an die schwebenden Verhandlungen über ein Abkommen zwischen Krankenkassen und Landesversicherungsanstalten wegen Bewachung von Fabrikern und über ein gemeinschaftliches Vorgehen aller Versicherungsträger, um unter der neutralen Flagge des roten Kreuzes die Arbeit im weitestem Umfang als Heilmittel für unsere Friedensinvaliden nutzbar zu machen.

Wieweil mehr wäre durch einen noch engeren Zusammenfluß zu erreichen, besonders für Krankenheil- und Unfallversicherung, für die Ueberwachung der Kranken und Rentempfangler, für eine großzügige Arbeitsvermittlung, für die Ausgestaltung des Heilberufens durch gemeinsame Kliniken, Genesungsheime usw., durch einseitige Abkommen mit Krankenhäusern, Apotheken, Bandagisten usw. und durch gemeinsame Beiträge mit Kerkkammern, ärztlichen Standesvereinen und Fachgruppen.

Geeignete Einrichtungen für ein solches Hand-in-Hand-Arbeiten der drei Versicherungsträger ließen sich nachher schaffen. Etwas durch gemeinschaftliche Geschäftsstellen, je nach der Lage der örtlichen Verhältnisse, bei einer Landesversicherungsanstalt, Berufsvereinigungen oder Krankenkasse oder an einer Erweiterung des Aufgabensbereiches der vor einigen Jahren gebildeten örtlichen Vereinigungen berufsgenossenschaftlicher Verwaltungen, die schon mehrfach aus sich heraus mit den örtlichen Landesversicherungsanstalten und Krankenkassen Beziehungen angeknüpft haben. Auch ein nicht bloß gelegentliches Zusammengehen der Versicherungsträger mit der Kerkkassen, an dem es heute leider fehlt, wäre wohl bei diesen Geschäftsstellen zu erreichen.

Was Dr. Kaufmann hier anregt, hält sich ja ganz im Rahmen des nach der Reichsversicherungsordnung schon heute Möglichen. Es sollte uns freuen, wenn es erreicht würde. Erreicht würde, namentlich auch unter stärkerer Heranziehung der Arbeiterschaft selbst, die nicht nur Objekt der Fürsorge sein will, wie es namentlich in der Unfallversicherung der Fall ist, sondern selbsttätigen Anteil daran haben will.

Was Dr. Kaufmann hier in Anregung bringt, läßt auch, wenn es eine Aufgabe der zukünftigen Gesetzgebung berührt, von ihm auch ausgehend werden müssen auf die Träger der Angelegenheit. Goffentlich verschließt sich der Präsident des Reichsversicherungsamts der Tatsache nicht, daß die Lösung der Angelegenheitenversicherung von der Arbeiterversicherung ein schwerer Fehler wendungen von Geld und Arbeitskraft durch organisatorische Zersplitterung bedingt, die wir uns in Zukunft nicht mehr leisten können.

## Militärjuristische Geheimwissenschaft.

Kriegsbeschädigte wie auch Witwen, Eltern und Kinder von Gefallenen bedürfen heute des Rats und der Hilfe, weil sie sich durch die Militärverwaltung in ihren Rechten benachteiligt fühlen, mag es sich um Rentenansprüche oder andere notwendige Fürsorge handeln. In immer größerer Bedeutung haben sich mit der Dauer des Krieges alle Versorgungsfragen entwickelt, so daß heute und künftig das Schicksal von Millionen im Volke in irgend einer Form von den Bestimmungen der Militärversorgungsgesetze, ihrer Anwendung und Auslegung, abhängig geworden ist. Sehr häufig haben nun leider die in erster Reihe zur Beratung der Bedrängten berufener amtlichen Stellen nicht verstanden, sich das Vertrauen zu erwerben, das in allen Fällen die unentbehrliche Voraussetzung bildet. Daher suchen die Bedrängten in größerer Zahl die Rechtsankunftstellen der Gemeinden, Gewerkschaften, der Kriegsbeschädigtenvereine, die Sprachstunden der Kerkge, Rechtsanwältinnen und Zeitungsredaktionen in der Hoffnung auf, dort Hilfe und Rat zu finden. In vielen Fällen geschieht dies mit bestem Erfolge. Leider begegnet jedoch häufig der wirksamen Unterstützung der Hilfsbedürftigen, die allein oft nicht die Gewandtheit besitzen, um selber den richtigen Weg für ihre Ansprüche zu finden und sie durchzuführen, ein Hindernis.

Der Krieg hat zahllose Lücken in unserer militärischen Versorgungsvorrichtung aufgedeckt, zu deren Ausfüllung seit Jahren mannigfaltige Erlasse und Verfügungen des Kriegsministeriums und anderer Dienststellen mit grundlegenden Bestimmungen über die Ansetzung und Durchführung der Gesetze ergangen sind und stets neu ergeben. Diese Ergänzungen sind nur teilweise veröffentlicht, ein anderer Teil dieser sehr wichtigen, für alle Unterteilung unentbehrlichen Verfügungen wird als Dienstvorschrift beibehalten und der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht. In großem Umfange ist dadurch die Rechtskenntnis zu einer Geheimwissenschaft geworden. Wir fragen, aus welchen Gründen? Ein stichhaltiger Grund läßt sich dafür nicht anführen. Es ist in dringendem öffentlichen Interesse geboten, daß die Erwerbung gründlicher Rechtskenntnisse auf diesem weiten Gebiete allen in Frage kommenden Personenkreisen ermöglicht wird, damit berechnete Ansprüche nicht verspätet gestellt werden oder verloren gehen und unberechtigte Ansprüche nicht unnötig erhoben werden. Eine Schädigung dienstlicher Interessen kann mit der Veröffentlichung dieser Verfügungen nicht verbunden sein. Nur angereicherter Bedorndungsgeist und eine längst überholte militärisch-bureaucratische Auffassung, die die große Bedeutung der für alle Kreise des deutschen Volks wichtigen Lebensinteressen von Kriegsbeschädigten oder ihren Hinterbliebenen verkennt, kann hier Geheimhaltung wollen. Freies Offentlichkeit der von den Behörden angeordneten Grundzüge wird den Antragstellern und der Militärverwaltung selbst viel unnütze Arbeit und Schreibeerei ersparen, und mancher wird im Kampfe um sein vermeintliches Recht vor Enttäuschung bewahrt bleiben. Deshalb muß der Ruf nach schleunigster umfassender Publikation der auf dem Gebiete der Militärversorgung und Hinterbliebenenfürsorge wie auch hinsichtlich sozialer Maßnahmen zugunsten der Kriegsbeschädigten bereits ergangenen und künftige ergehenden Erlasse und Verfügungen von allgemeiner Bedeutung erhoben werden.

## Genossenschaftsbewegung des Auslandes.

Die ungarischen Konsumgenossenschaften haben sich auch während des Krieges günstig entwickelt. Im Jahre 1917 wurden 328 neue Konsumgenossenschaften errichtet, und nur fünf gingen ein. Vom Anfange des Krieges bis Ende des Jahres 1917 wurden 430 neue Konsumvereine errichtet. Das Konsumgenossenschaftswesen umfaßt 850 000 Familien und 2 Millionen Familienmitglieder. Die größte Filiale der „Gangpa“-Zentrale, der „Hausbau“, zählt 16 500 Mitglieder und machte einen Umsatz von 12 500 000 Kr. Die Konsumgenossenschaften erzielten einen Umsatz von über 100 Millionen Kronen, die Zentrale („Gangpa“) selbst einen solchen von 88 Millionen Kronen.

Die französische Großeinkaufsgesellschaft, das Magasin de Gros, kann über eine erfreuliche Entwicklung berichten. Der Abschluß der ersten acht Monate des laufenden Geschäftsjahres (Juli 1917 bis Mai 1918) ergab einen Umsatz von rund 2½ Millionen Franc, d. h. um 6½ Millionen Franc mehr als in der gleichen Periode des Vorjahres. Nachdem das M. d. G. vor kurzem erst eine Produktionsgenossenschaft der Schokoladenarbeiter und Zuckerbäcker in der Umgebung von Paris übernommen hatte, erwacht es jetzt eine Konsumfabrik in Bordeaux. Die Fabrik ist gut eingerichtet, die Fabrikate des Hauses wohl bekannt. Allerdings ist das M. d. G. auch nicht von unangenehmen Vorfällen verschont geblieben. Gelegentlich einer großen Feuerbrunst in Nantes wurde auch das dortige Zentralloger des M. d. G. völlig ein Raub der Flammen. Nur die Durchführung konnte gerettet werden. Infolge der kriegerischen Ereignisse des laufenden Jahres mußten die Schokoladenfabrik des M. d. G. in Amiens und Allers und Fougères verlegt werden. Die Fabrik in Allers war erst wenige Jahre vor dem Kriege neu erbaut und eingerichtet worden. Da Allers in der Feuerzone liegt, so dürfte für die Erhaltung der Anlage wenig Aussicht vorhanden sein.

## Fürsorge für kriegsbeschädigte Auslandsdeutsche.

Nach unter der großen Menge Deutscher, die bei Ausbruch des Krieges aus dem Auslande zu den Röhnen gerollt sind, hat der Krieg manches Opfer gefordert und manchen so betroffen, daß er nur mit fast geminderter Arbeitskraft zu seiner Familie und zu seiner früheren Tätigkeit zurückkehrte. Ihnen allen, den Hinterbliebenen der Gefallenen und den kriegsbeschädigten Deutschen im Auslande muß eine besondere Hilfe und Fürsorge zuteil werden. In gleicher Weise wie die sich über das ganze Reich erstreckende amtliche bürgerliche Kriegsbeschädigtenfürsorge diese Aufgabe für die im Auslande ansässigen Kriegsbeschädigten übernommen hat, sind im Auslande besondere Organisationen für diese Zwecke bereits begründet oder in der Bildung begriffen, oder es lassen sich die bereits vor dem Krieg bestehenden deutschen Hilfsvereine die Unterstützung ihrer durch den Krieg betroffenen Landsleute angelegen sein. Der Reichsausschuh der Kriegsbeschädigtenfürsorge sucht überall eine enge Arbeitsgemeinschaft mit diesen Hilfsorganisationen herbeizuführen, um dadurch die Arbeit und die Erfahrungen der im Reich bestehenden Einrichtungen auch für die Deutschen im Auslande nutzbringend zu machen. Am dringendsten hat sich das Bedürfnis nach einer Kriegsbeschädigtenfürsorge naturgemäß in den Ländern geltend gemacht, in denen besonders viele Deutsche ansässig sind. So hat sich bald nach dem Kriegsausbruch eine besondere Organisation in der Schweiz, der Hilfsbund für deutsche Kriegserfürsorge in der Schweiz, gebildet und auch in Oesterreich ist in dem Reichsdeutschen Hilfsbund in Oesterreich eine solche Organisation entstanden.

## Maschinen ohne Schutzvorrichtung!

Man schreibt uns: Mit großem Interesse las ich Ihren Artikel: „Maschinen ohne Schutzvorrichtung“ in der Zeitschrift zu Nr. 214 Ihrer Zeitung. Ich kann die Ausführungen des Herrn Urban aus eigener Erfahrung nur bestätigen. Die Erklärung für diese Erscheinungen ist sehr einfach. Das Großkapital hat sich im Verein deutscher Maschinenbauanstalten eine so einflussreiche Vertretung geschaffen, daß nicht einmal die Interessen der mittleren und kleinen Fabriken, viel weniger noch die der Arbeiter zur Geltung kommen. Der Geschäftsführer segelt vollständig im Fahrwasser des Großkapitals. Das geht schon daraus hervor, daß im Vorstand des Vereins nur Großindustrielle sind. Nach außen hin und der Regierung gegenüber wird aber immer mit der Miene des Wieder-mannes betont, daß man die Lebensinteressen der gesamten Industrie vertrete. Der Verein hat jetzt bei der Ausstellung der Normal-Unfallversicherungsbedingungen alle Vorschriften für eine bessere Ausgestaltung der erhöhten Schutzsumme gemacht. Der einzelne ist wirtschaftlich zu schwach, um gegen den Stachel zu loden. Ich selbst bin Industrieller; meine Arbeiter haben meinen Betrieb als musterhaftig angeprochen. Ich kann es aber nicht liegen, gegen den Verein aufzutreten, weil man mir die Aufträge entziehen würde.

Es wäre daher sehr reich, wenn Sie sich dieses Vereins etwas mehr annehmen würden. Er bedeutet eine greifbare Gefahr für unsere Gesamtwirtschaft, die nur gebeten kann, wenn Arbeiter und Unternehmer auf ihre Rechnung kommen.

Die Entwicklung wird immer gefährlicher insofern, als sich der Verein neuerdings den Mantel der Wissenschaft leih, um seinen

## In den Betrieben

fragt heute jeder seinen Kollegen oder seine Kollegin, ob sie schon den „Vorwärts“ hatten. Wenn nicht, fordert er sie auf, ungehäumt den folgenden Zettel auszufüllen:

Name	_____
Beruf	_____
Wohnort	_____
Straße?	_____
Bei wem?	_____

bestellt ab 1. Oktober den „Vorwärts“ zum Preise von 1,80 M. per Monat frei ins Haus.

Diesen Zettel wolle man ausgefüllt an die Hauptexpedition, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, senden.



arbeiterfeindlichen Bestrebungen einen objektiven Anstrich zu geben. Die Anfänge zu einer gelben Ingenieurvereinigung sind deutlich sichtbar. Man sammelt zurzeit für diese Zwecke Geld in der Industrie. Ueberall die gleiche Erscheinung: Die Wissenschaft wird zur Dure des Geldsacks.

## Gerichtszeitung.

„Staatsanwalt König“

Stand gestern unter der Anklage des Diebstahls vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I. Der Arbeiter Robert Lange hat seinerzeit großes Aufsehen durch den genialen Trick erragt, durch den er aus dem Untersuchungsgefängnis zu entkommen suchte. Er ließ sich zu einem Untersuchungsrichter vorführen und fand Gelegenheit, einen Abort aufzusuchen. Als er geraume Zeit dort verweilt hatte, war der ihn begleitende Beamte durch einen anderen abgelöst worden, der den Lange nicht kannte und sich von ihm ergötzen ließ. Lange spielte plötzlich die Rolle des „Staatsanwalts König“, herrschte den Beamten durch Erteilung von allerlei Anweisungen an, wobei er erklärte, daß er den Auftrag habe, einer vorgekommenen Lotterei auf den Grund zu gehen; er schloß sich dann in ein augenblicklich leeres Zimmer eines Staatsanwalts, ließ den Beamten, an einer anderen Stelle seiner weiteren Befehle gewärtig zu sein und war dann bald verschwunden. Am nächsten Tage ging bei der Staatsanwaltschaft ein Brief des Angeklagten ein, in welchem er sich für die freundliche Unterstützung bedankte, die ihm durch die Beamten geworden sei. Es dauerte eine geraume Zeit, ehe man ihn wieder eingefangen hatte. Später ist es ihm noch einmal gelungen, zu entweichen. Er sollte jetzt wegen eines Verdiebstahls abgeurteilt werden. Da sich sein Freiheitsdrang schon wiederholt Luft gemacht hat, hatte man es für zweckmäßig gehalten, ihn gefesselt vorzuführen. Der in allen Schlichen wohl bewanderte Mensch suchte die Verhandlung zu vereiteln, denn er benahm sich so merkwürdig — unter andern leierte er etwa ein Dutzend Namen als seine angeblichen Vornamen her, daß das Gericht zu dem Beschluß kommen mußte, ihn auf seinen Gefängniszustand untersuchen zu lassen.

## Aus aller Welt.

Eine neue spanische Krankheit.

Bern, 20. September. „Progrès de Lyon“ meldet aus Madrid das Auftreten einer neuen geheimnisvollen Krankheit, die sich in ganz Spanien, besonders aber in der Madrider Garnison bemerkbar mache. Madrid verzeichne bisher 4000 Fälle; die ersten Symptome seien die der spanischen Krankheit, die jedoch schnell in Typhus umschlage.

## Eingegangene Druckschriften.

Die aufgeführten Bücher können durch die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 6, Lindenstraße 3, bezogen werden. (Die Anzeige der Bücher gilt jedoch nicht als Empfehlung.)  
**Deutsche Sprachlehre.** Von Dr. B. Hartmann. Geb. 2,40 M., geb. 2,80 M. — **Die Organisation des Volkshilfswesens.** Von Dr. A. von dem Buerger. Geb. 3 M., geb. 3,50 M. — **Menich und Welt.** Von Rudolf Kuden. Geb. 10 M., geb. 12 M. — **Der Weltkrieg in seiner Entwicklung auf das deutsche Volk.** Von Max Schwarte. Geb. 16 M. Verlag von Quelle u. Meyer, Leipzig.  
**Natur.** Geb. 7 M., geb. 9 M. H. Piper u. Co., Verlag München.  
**Der Babylonische Turm.** Von Josef Ponten. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart und Berlin.  
**Was muß Deutschland an Kolonien haben?** Von Dr. Albrecht Brink und Emil Zimmermann. 1,20 M. Verlag von Ludwig Nebe, Frankfurt a. M., Bleibstr. 31.  
**Die Schuld der Entente.** Von Leonhardt. Preis als Broschüre 1 M., als Broschüre 25 M. Gener. Hüfner u. Co., Chemnitz.  
**Organische Demokratie.** Von Kurt Hiller. 1,20 M. Der neue Geist, Verlag Leipzig.  
**Was will Wilson?** Von M. J. Bonn. Verlag von Georg Müller, München.  
**Geschichte der Finkler und andere weitere Erzählungen.** Von Wilhelm Schüren. Geb. 3,50 M., geb. 5 M. Stroder u. Schröder, Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.  
**Geht darins!** Von Adreas Nielsen. 1,20 M. Verlag „Kraft und Schönheit“, Berlin-Steglitz.  
**Lyland und Gifsch.** Von Professor Dr. G. G. Dehio in Straßburg. 80 M. Verlag von Julius Springer, Berlin W. 9, Rinkstr. 23/24.  
**Wie schäme ich mich gegen Arbeiterverfallung?** Von Prof. Dr. C. Kömmer. Verlag von Hans Hedwigs Nachfolger, Kurt Konigler, Leipzig, Poststr. 10.  
**Auf dem Dornenwege des Friedens.** 1 M. Volkshund-Verlag, Wien I, Predlgerstraße 5.  
**Drei Puppenstücke.** Von Werner Doff. 4 M. — **Weltumtollung.** Von E. D. Kersch. 10 M. Beide im Verlage von Ralcher u. Ue. H. G., Järich I.  
**Die Juden in Litauen.** Von Leo Kolenberg. 1,50 M. Verlag der Neuen Jüdischen Monatshefte, Berlin, Französische Str. 49.

## Briefkasten der Redaktion.

G. Wir haben Ihren Brief erhalten. — G. R. 98. Die drei russischen Parteien haben jede eine Organisation für sich. Die Sozialrevolutionäre sind Anhänger des Terror, den die Menschheit ablehnen. Der Begriff „Linksradikal“ ist schwanend. Wird er auf Richtungen der deutschen Arbeiterbewegung angewendet, so ist wohl in erster Linie damit die Sozialistengruppe gemeint. Der Unterschied zwischen dieser und der Gruppe Internationale ist unerheblich. — O. Neversos. 1. Eine Wohnungsnummer kann gestellt werden bei Bedürftigkeit. Der Antrag ist bei der Gemeindeverwaltung zu stellen. Im immobilien Zustand beträgt der Sold 57 M., im mobilen Zustand 65 M. — G. R. 1851. Der Nachbar kann Ihnen selbstverständlich verbieten, aber sein Grundstück zu geben. Wenn er es Ihnen bisher gestattet hat, so hat sich daraus für Sie kein Rechtsanspruch ergeben. — W. R. 18. Sie müssen sich bei der Polizei melden. — Strohholzer Str. 30. Es kommt auf den Vertrag an, den Sie unterschrieben haben. Nebenfalls haben Sie danach ein Verlangen gestellt von 68 M. bestellt und sind daher an die Zahlung gebunden. Eine Zurückzahlung würde Ihnen nur unnötige Kosten verursachen, da die Firma gegen Sie mit Erfolg klagen kann.

— G. R. 10. Die Scheidungsklage muß durch einen Rechtsanwalt eingereicht werden. — C. M. 44. Sie haben keinen Anspruch auf das Kind, sondern nur die Verpflichtung zur Zahlung der Unterhaltungskosten. — Armierungssoldat. Wenn bei Ihrer Frau durch Arbeitsverdienst mindere Bedürftigkeit als vorliegend erachtet wird, so kann ihr die häusliche Unterhaltung verweigert werden. — G. V. Suckow. 1. Die Mutter hat keinen Anspruch auf Aufwandsentschädigung. 2. Sollten Sie an die Front kommen, so könnte Ihre Mutter ein Gehalt um Ihre Fürsorgeleistung einreichen. 3. Klage. — G. C. 107. Darüber bestehen keine Verfügungen. Tabak ist eine freiwillige Zuwendung. Besondere Entgelt bei Fortfall des Tabaks haben Sie nicht zu beanspruchen. — M. S. 35. Die Kinder haben die Verpflichtung, der Mutter soweit Unterhaltung zu leisten, wie zu ihrem Lebensunterhalt notwendig ist. — H. C. 03. Der Antrag auf Austritt aus der Landesliste muß an das zuständige Amtsgericht eingereicht werden. — W. R. 12. Kriegsunterstützung wird wieder gezahlt, aber nicht zweimal die Woche. — G. L. 4. Landsturmpflichtig. Blindheit eines Auges. — G. C. 108. Widerspruch würde zwecklos sein. Sie sind zur Zahlung verpflichtet. — M. S. 50. Wenn sich in den Verdäglichkeiten noch Umgebung der Ehe nichts ändert, wird der Ehefrau die Unterstützung verweigert. — C. S. 274. Sie müssen ein solches Geld, das nachsticht auf Erfolg hat, an das Feldherr-Generalkommando richten, dem der Hauptteil des Soldes untersteht. — P. 13. 23. Wenn der Bruder an den Folgen der Kriegsunterstützung gestorben ist, so können die Eltern, wenn er nachweislich für deren Unterhalt gesorgt hat, Oberernte beanspruchen. Sonst steht ihnen keinerlei Anspruch zu. — W. R. 192. 1. Wenn mindere Bedürftigkeit vorliegt, kann der Frau die Unterstützung gestrichelt werden. Ist nach Ihrer Meinung für die Unterstützung zu unrichtig gekürzt, so kann die Beschwerde beim Bezirkspräsidenten in Straßburg einreichen. 2. Nichtunterstützung kann sie nur durch die Kommune erhalten. 3. Unterstützung für den eingezogenen Sohn wird es in diesem Falle nicht geben. Der Antrag wäre bei der Gemeindeverwaltung zu stellen. 4. Namentunterstützung für Ihre Mutter würde von der Gemeinde überzogen werden, wenn Sie in Unterhaltungsbedürftigkeit nur dort, wo sie jetzt ihren Wohnsitz hat. 5. Nicht durch ein Gehalt an den Direktor der Anstalt. — M. S. 42. Eine Weigerung gibt es dagegen nicht, da Sie keinen Anspruch auf Wohnung haben. 2. Nein. 3. Das können wir nicht bestimmen sagen, aber jedenfalls bedarf es dazu nur guter Friedenssätze und lauwarmen Wassers.

## Wasserstandsberichte der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am	18.	19.	Wasserstand am	18.	19.	
Wemel	181	181	Zaale	Großh.	90	84
Pregele	181	181	Gabel	Edonban	42	41
Weichel	118	118	Kathenow		6	8
Oder	114	111	Spreew.	Spreew.	70	68
	83	80	Kersdorf		198	194
	87	83	Wefer	Ründen	149	140
Warthe	16	16	Winden		235	228
Landberg	-4	-4	Rhein	Maximil au		
Rehe	-26	-26		Gaub		
Gibe	-42	-42		Cöln	275	
	-150	-164	Neckar	Hellbrunn	39	
	61	71	Main	Salmou	184	
	68	65	Meiße	Teier		

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags. Abkl. zeitweise heiter, aber sehr veränderlich, mit öfter wiederholten im Binnenlande meist geringen, an der Küste stärkeren Regenschauern.

**Deutsches Theater.**  
7 Uhr: Faust I.  
Sonnt. 2 1/2 Uhr: Fuhrmann Henschel  
**Kammerspiele.**  
8 Uhr: Hanneles Himmelfahrt.  
Stg. 2 1/2 Uhr: Eine glückl. Ehe.  
**Kleines Schauspielhaus.**  
Fasanenstraße 1, Portal 5.  
7 Uhr: Zum ersten Male: Arbeit.

**Volksbühne**  
Theater am Bülowplatz.  
Direktion Friedrich Kaylller.  
7 1/2 Uhr: Maß für Maß.  
Dir. C. Meinhart — R. Bornauer.  
**Theater in Königgrätzer Str.**  
8 Uhr: Erdgeist.  
**Komödienhaus**  
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.  
**Berliner Theater**  
7 1/2 Uhr: Blaublaues Blut.

**Casino-Theater.**  
Softringer Str. 37. Tägl. 7 1/2 u. 10 1/2 Uhr.  
Der neue Schlager  
**Man laß mal wieder!**  
Berliner Hof in 3 Akten.  
Börser Str. 1. Spezialitäten.  
11 Uhr: Grete Linda Mouschaffnen.  
Sonnt. 2 1/2 Uhr: Ein fideles Huhn.

**Theater der Friedrichstadt.**  
Ecke Friedrich- u. Lindenstr.  
7 1/2 Uhr. Tägl. Nord 3650.  
**Kaiserplatz 3, 1 Tr.**  
Ein lust. Stück m. Musik v. Laufs.  
v. Möllendorff, Georg. L. Holms.  
Sonntag 3 1/2 Uhr: Jugend.

**Walhalla-Theater.**  
7 1/2 Uhr:  
**Donauliebchen.**  
**Trianon-Theater**  
Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2391  
Heute 8 Uhr zum 391. Male:  
**Der Lebeschüler.**  
Heute 1/4 Uhr. kl. Preise:  
**Schnoeffischen.**  
Morgen 1/4 Uhr. kl. Preise:  
**Johannsfener.**  
Mittw. 1/4 kl. Pr.: Rotkäppchen.

**Wittelsbach-Lichtspiele**  
am Bayerischen Platz.  
Täglich 6 u. 8 1/2 (Sonnt. 4, 6 u. 8 1/2).  
**Berlin Film-Sensation**  
„Der fliegende Holländer“.  
Filmdicht. u. Spielleitg.: Hans Neumann.  
Vorh.: Tansaufnahm. d. M. Zimmermann-Ball.  
Sämtl. Plätze nummeriert.  
Vorverk. Wertheim und Theaterk. 11-1.

**Theater für Sonnabend, 21. Sept.**  
**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.  
**Deutsches Opernhaus**  
7 Uhr: Der eiserner Heiland.  
Z. 1. M.:  
**Friedrich-Wilhelmst. Theater**  
7 1/2 Uhr: Hannerl.  
(Dreimäderhaus II. Teil.)

**Kleines Theater**  
7 1/2 Uhr: Der Einsame.  
**Komische Oper**  
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.  
Stg. 3 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.  
**Lustspielhaus**  
7 1/2 Uhr: Die spanische Fliege.

**Metropol-Theater**  
7 1/2 Uhr: Die Faschingsfee  
**Palast-Theater**  
7 1/2 Uhr: Der Stralauer Fischzug.  
**Wallner-Theater**  
7 1/2 Uhr: Graf Hahenichts.

**Varieté**  
**Theater am Kottbuser Tor**  
Leitung: Direktor Ferdinand Wagner.  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Die große Varieté-Schau.**  
Texte der Vorträge von Hermann Frey, Musik von Franz Schmidt-Hagen. Originalentwürfe der Dekorationen von Heinrich Zille. Dirigent der Komposit. Mitwirkende:  
**Anna Müller-Lincke, Willi Lillie, Hugo Roussel, Tine Trautmann, Robert Wiese.**  
Vorverkauf bei A. Wertheim und an der Tageskasse von 10 1/2-1 1/2 Uhr und ab 5 Uhr.

**ORIENT**  
das größte und schönste am Strausberger Platz  
**Konzert-Café-Kabarett in Berlin O**  
Jeden 1. und 15. des Monats neuer Spielplan.  
Hermann Torl — Olli Christiani — Oskar Röck — Lea Florenz — Arthur Zable — Hilde und Erno.  
**Die gute Musik.** Tonkünstler-Konzert (10 Solisten).  
Anfang an Wochentagen 7 1/2 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

**Kabarett Tivoli**  
Bunte Vorträge  
Spielfolge vom 16.—30. September:  
Alois Kraemer, Hermann Torl, Elsa Wulffen, Karl Braun, Max Laurence, Otto Mücke, Amalie Lengloh, Mücke-Braun.  
Täglich zwei Kapellen.  
Anfang wochent. 7, Sonntag nachm. 4 Uhr.  
**Kottbuser Damm 95** Fernspr.: Moritzpl. 14553

**Neues Operettenhaus**  
7 1/2 Uhr: Das süße Madel.  
Mg. 8 1/2 Uhr: Der Soldat der Maria.  
**Residens-Theater**  
7 1/2 Uhr: Der junge Zar.  
**Schiller-Th. Charl.**  
8 Uhr: Wilhelm Tell.  
7 1/2 Uhr: Pfarrer von Kirchfeld.

**Thalia-Theater**  
7 1/2 Uhr: Unter der hüllenden Linde  
**Theater am Nollendorfplatz**  
7 Uhr:  
**Schauspielhaus**  
**Theater des Westens**  
7 1/2 Uhr: Die lustige Witwe mit Guido Thielscher.

**Busch**  
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2.  
Das großartige  
**Eröffnungsprogramm**  
Zum Schluß:  
**Oberon.**  
Große phantastische Wasser-Pantomime in 5 Akten nach Wieland's Oberon. Daraus besonders hervorzuheben:  
Die großen Sturzwellen. Vorverk. an der Zirkuskasse ohne Aufgeld. Die Direktion bittet, nur an der Zirkuskasse oder bei Wertheim zu kaufen.

**Apollo-**  
Friedrichstr. 218  
Dir.: James Klein.  
7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2.  
**September-Sensationen!**  
Sherlock Holmes der mexikanische Ausbrecherkönig.  
Leb. Porzellan, Rita Belmonte, die span. Schönheit, und weitere Sensat.  
Vorverkauf an der Tagesk. 10-5 Uhr.  
Sonnt. 3 1/2 Uhr jeder Erwachsene. 1 Kind frei!

**WINTERGARTEN**  
12 Spezialitäten 12  
Rauchen gestattet!

**Admiralspalast.**  
Die Prinzessin von Tragant.  
Wer ist die Schönste?  
Sajdah.  
7 1/2 Uhr.

**NATIONAL-THEATER** (Deutsch-Amor. Th.)  
Der große Operettenerfolg!  
**Prinzenliebe.**  
Musik von Walter Bromme.  
Sonntag 3 1/2 Uhr: „Mäuschen“ Kl. Preise. Vorverk. v. 10 U.

**Rose-Theater.**  
3 1/2 Uhr: Die sieben Raben.  
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderhaus.  
**Reichshallen-Theater.**  
Allabendlich 7 1/2 Uhr u. Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
**Steffiner-Sänger.**  
Nachmittags ermäßigte Preise!

**Ihre Möbel**  
Interessen machen Sie, wenn Sie Ihre Möbel kaufen bei  
**Prenzlaue,**  
Berlin N,  
Reinickendorfer Straße 117.  
H. H. Maß, sind solche Preise, sind reelle Waren. Teilzahlung gestattet. Kriegsrente wird in Zahlung genommen.

**Geflügelgeschäft**  
früher Elster Str. 25, befindet sich jetzt  
**Neanderstr. 32,**  
nahe Cöpenicker Straße.  
19102\*  
Franz Grünste

**Zahngebisse,**  
Platin. Gr. 7,80, taucht  
**Frau Wagner,**  
Raiserstr. 18 I (Nagenderplatz)  
Schönen jungen 1117  
**Sellerie**  
Pfund 35 M.  
empfehl. Delikatessenhandlung  
Räumer, Berlin, Potsdamer Straße 115 (nahe Köpenickerstraße).

Rur bis Sonnabend, d. 23. Sept. in Berlin tägl. v. 10-6 Uhr zahlr. ich besond. hohe Preise für ausgebrauchte 106/17\*  
**Alte Gebisse pro Zahn bis 4 M.**  
auch für den gewöhnl. Platzzahn 0,80-1 M., Platin-Stützgebisse 1-2 M., Platin-Platzzahn 2-4 M., Metallgebisse bis 150 M., Platin-Abbitte, Krone, Brille, Schmalz, Gummis, Gummis 8 Mark im Hotel Nordischer Hof, Invalidenstr. 126 I, Steinhilber Bahnh. gegenüber.  
Franz C. Wilmig, Hamburg.

**Schulbücher**  
für alle Schulen Neuköllns  
vorrätig Bickhardtschen Buchhandlung  
in der Neukölln, Prinz-Randary-Straße 1, Ecke Bergstraße.  
**Bartflechte**  
wird vielfach durch Aleaxstein übertragen. Verwenden Sie nur Acteum-Lösung. Eine Wohltat für die Haut 1/2 Fl. 3,50, wo nicht erhältlich durch Hygiene, Frankfurt a. M. 1377\*

Der behördlich genehmigte Mohr'sche  
**Fleischextrakt-Ersatz „Ohsena“**  
gibt allen Speisen einen kräftigen Fleischgeschmack und ist deshalb an allen fleischlosen Tagen in jeder Familie unentbehrlich. Dosen 1/2 Pfund netto Mk. 5,25, 1/2 Pfund Mk. 2,90, 1/4 Pfund Mk. 1,60. „Ohsena“ ist unbeschränkt haltbar und in den meisten Geschäften der Lebensmittelbranche käuflich. 1377\*

**Bozungsquellen-Verzeichnis Berlin-Garten**  
**Drögen, Farben**  
Böckendorff, W. 25, Köpenicker Str.  
**Flasch-u. Wurst.**  
Gotschmanns Centr. W. 159, Köpenicker Str.  
**Kolonialwaren**  
M. Saepelhardt, Strelitzer Str. 57  
**Möbelmagazin**  
Wiese & Co., Reinickendorfer Str. 97, Tischlermeister

**! Deutsche Kolonien!**  
Mittelung über Ansiedlung, Anstell. usw. vera. kostl. Vereinig. d. Freunde kol. Siedlg. Berlin W, Rosenheimer Str. 28.  
**Schnurmacher-Näh** wäschsch. neu fert. Schwab, Cöpenicker Str. 74.  
**Prima Velourhüte**  
im Vorverkauf billig!  
**Lindeku,** C. Rosenhaller, Strahe 30, 2. Geschl.: Brunenwaldstr. 28, 2de Daperischer Platz. 281/10\*  
**Spezialarzt**  
Dr. med. Hasedicke\*  
Hant., Ham., Geschlechtsh., Blausenreueg. Friedrichstr. 107-108 (a. d. Nohrenstraße, Untergrdb.) 11-1, 5-7, Stg. 11-1.  
**Radfahren**  
mit unseren Bereifungen ist erlaubt.  
**Glimsch wie Pneumatik**  
Th. Just & Co., Belle-Alliance-Platz 18.







Die Flucht über den Pruth.

Von Wolfgang Müller.

Vorsichtig schlich ich mich bis zum Rande der Felder und spähte zum Fluße hinüber. Kein Posten war zu sehen, die Sträucher waren wenig belebt, nur auf den Feldern arbeiteten Bauern. Bis zum Pruth hatten wir von der Höhe des Berges etwa einen Werst zurückzulegen. Doch auf dieser Strecke war kein Baum, kein Strauch, der uns Deckung hätte bieten können.

Die Sonne stieg höher und höher, und immer unbarmherziger trafen uns ihre Strahlen in den dürren Aukurusstauben. Ein qualvoller Hunger machte sich bemerkbar, und der Durst peinigte uns gnuselig. Ein paar Schweinsmelonen, die neben und lagen, waren holzig und ungenießbar. Wir rissen ein paar Maiskolben ab und versuchten, mit den tohen Körnern unsere Mägen zu füllen, doch der Durst blieb, und die Hitze wurde immer unerträglicher.

Gegen zwölf Uhr mittags fanden wir vor der Wahl, wagen oder umkommen; denn unsere Glieder waren schwer wie Blei, und der ganze Leib brannte und wie Feuer. Also los! — Keine Patrouille war zu sehen. Nur wenige Menschen auf der Straße und auf den Feldern. Schnell zog ich Hemd, Unterhose und alles aus, bis auf meine schwarze Rubofäsa (russisches Oberhemd) und meine dunkle Oberhose. Die Strümpfe waren zu fest an den Wunden meiner Füße angeheftet, als daß ich sie hätte herunterbringen können. Alles liehen wir in dem Maisfeld liegen und dann ging es im Sturmschritt direkt ins Tal über die trockenen Wiesen zum Pruth.

Die Feldarbeiter sahen uns bedrückt nach, einige riefen uns an, doch wir liefen weiter. Jetzt hatten wir die Häuser am Pruth erreicht; da war eine leere Hütte, ohne Tür und Fenster. Wir liefen hinein und von da durch den verwilderten Garten in die Küche am Pruth. Kein Mensch war zu sehen. Nur im Garten nebenan arbeitete ein Weiß an einem Wasserbagger, der von Jugendlichen gedreht wurde. Vor uns fiel das Meer senkrecht über drei Meter tief zum Wasser ab, das schnell und reichend dahinfließ. — Ein Sprung in die Tiefe und im nächsten Augenblick wurden wir vom Wasser fortgerissen. Ein frampfhaftes Stöhnen und Schwimmen begann, und die Strömung half kräftig nach. Noch einige lächelnde Stöße, und wir hielten über und über von Schlämm und Wasser triefend, am jenseitigen Ufer empor.

Umachtet der Ditteln, die unsere Füße zerlachten, liefen wir auf zwei Hirtin zu, die, träge in der Sonne ausgebreitet, ihre Kinder hüteten.

„Sind wir in Rumänien?“ riefen wir auf russisch, doch sie verstanden uns nicht. Erschreckt waren sie aufgesprungen und wollten uns davonlaufen.

„Romania, Romania?“ wiederholten wir, sie gewaltsam festhaltend, auf den Boden deutend. Da verstanden sie und antworteten:

„Da, da, România, România.“

Jetzt wußten wir, wir waren frei. Ein Glücksgefühl, wie ich es niemals schildern kann, erfüllte unsere Brust. Immer und immer wieder mußten wir uns die Hirtin versichern, daß wir auch wirklich in Rumänien waren. Der plötzliche Umschwung war zu groß. Vor wenigen Tagen noch in Gefangenschaft, die abenteuerliche Flucht, vor einer Stunde erst von neuem verhaftet, sollen wir jetzt frei, vollkommen frei sein?

Anfangs wollte uns der Gedanke nicht in den Kopf. Doch als wir nach kurzer Fahrt den Weg zum nächsten rumänischen Dorfe einschlugen, da sah uns ein ungeheurer Jubel. Da begriffen wir erst, was wir geschafft, was wir geleistet hatten. Unter Hunderten, die die Flucht vergeblich versucht, waren wir vielleicht die einzigen, denen sie geglückt war; und nichts konnte uns mehr unseren Sieg entreißen.

Meine Gedanken eilten im voraus zu meinen Eltern, zu meinem Regiment. Mit Stolz sagte ich mir, daß ich die Schmach meiner Gefangennahme getilgt und eine Leistung vollbracht hätte, wie sie wohl unter gleich schwierigen Umständen nur sehr wenige vor mir vollbracht hätten.

Wir beschloßen, sofort nach dem nächsten Dorfe zu gehen, um dort bei der Bürgermeisterei unsere sofortige Ueberführung zum nächsten deutschen Konsulat zu verlangen, denn mit unseren sechs Kubein, die wir noch in der Tasche hatten, krank, zerlumpt und halbnaht, wie wir waren, auch nach Rumänien zu durchwan-

bern, das war uns nicht mehr möglich. Wir waren daher sehr zufrieden, als uns ein paar rumänische Bauern, die mit ihren großen, weißen Ochsen Holz ins Dorf fuhren, erlaubten, daß wir uns auf ihre Wagen setzten, und uns einige Wappflaumen und etwas Marmelade (Maiskuchen) gaben, die uns köstlich mündeten. Voll kindlicher Freude betrachteten die Rumänen Mikal's Brille, die man ihm unbedingt ablaufen wollte. Für dreißig Dani knöpfen sie ihm seinen Geldbeutel ab, der ebenfalls eine riesige Freude unter ihnen hervorrief. Eifrig schwachten sie auf uns ein, während wir glücklich auf unseren schwankenden Wagen saßen und mit Sehnsucht über die Berge starrten, die uns noch von der Heimat trennten.

Langsam rumpelten unsere Ochsenwagen in das Dorf ein. Männer und Frauen kamen aus den Häusern und sahen uns neugierig an. Die Kinder liefen johlend hinter uns her und wir betrachteten das als die erste Guldigung, sahen, eine fürchterlich schlechte Zigarette rauchend, stolz hoch oben auf unseren Reissigbündeln und ließen uns von der Sonne die nassen Kleider trocknen. Rings um uns standen nette, weiße Häuschen und Getreidefelder, lagen große Haufen reifer Ähren und bestrot leuchtender Paprika. Und zwischen all diesem standen die Zigeuner in ihren malerischen Trachten, den buntesten Tüchern und riesigen schwarzen Hüten. Ich bedauerte sehr, daß ich keinen Apparat bei mir hatte, um all diese prächtigen Typen festzuhalten. Schilbern läßt sich das ja gar nicht, wie es aussah, als wir zwei Flüchtlinge nur mit Hemd und Hose bekleidet, vor Köpfe triefend, hoch oben auf unseren Ochsenwagen so in das Zigeunerdorf einführten.

Wald war das Gemeindegeld erreicht. Der Dorfshälze, die Schreiber, Gendarmen, alles drängte sich zur Türe, um uns zu sehen. Eingekeult hielten wir von den Wagen herab und humpelten in das Haus, wo wir in die Gerichtsstube geführt wurden. Ohne weitere Umsände setzte ich mich sofort auf das bequemere Leder Sofa und ließ durch einen Juden, der deutsch verstand, dem erlaubten Bürgermeister verkünden, daß wir Deutsche und aus Bukland entflohen seien. Zunächst wünschten wir ein gutes Frühstück, einen ordentlichen Schnaps und dann sofort zum nächsten deutschen Konsulat gebracht zu werden.

„Wenn Sie hungrig sind,“ sagte der Jude, „können Sie ein Stück Brot bekommen. — Was aber das deutsche Konsulat betrifft, so können Sie einen Tag zu spät.“ Und dabei nahm er von dem Tische ein großes, weißes Telegramm, auf dem in fetten Lettern stand:

„Romania intra in rasboi.“ (Rumänien ist in den Krieg eingetreten.)

Kriegsbücher.

Aus Rußland entflohen, in Rumänien gefangen. Von Wolfgang Müller (König-Carol-Verlag, Bukarest). Preis 240 R.

Ein deutscher Offizier, frisch, unentwegt, Praktiker des Krieges und von Ständebourgeoisien fast weniger als der Durchschnitt besessen; wenigstens weiß er sich ihrer gefickt zu enthalten. Bei einer Botronie wird er von Kosaken gefangen, ins Innere Rußlands gebracht, wo er schließlich in einem Gefangenenlager im hohen Norden eine bleibende Stätte findet. Seine Schilderung der an Wechselwärteln reichen Fahrt ist mit gleichmäßiger Objektivität gegeben, er vergißt über dem Traurigen, der Robott, die ihm begegnet sind, nicht die lächelnde von Gutmütigkeit und Menschlichkeit beim Feinde. Es ist nicht wenigstens letzterer Art und weiß wahrhaftig die Zweckmäßigkeit der „russischen Seele“ auf. Auchverhältnisse, genäht und verheißt, legen ihm den gleichen Gedanken nahe, die Gans der Verhältnisse bietet ihm Ausflut. Als tatarischer Hund verheißt, was er die Fahrt. Gefahren, die er mehr als einmal freit, Leistungen bis zur Grenze des Möglichen erleben wir mit der Spannung, die plastische Darstellung vermittelt. In Rumänien trifft der Flüchtling — am Tage nach der Kriegserklärung ein. (Diesen Abschnitt des Buches geben wir als Probe.) Erst der Waffenstillstand befreit ihn aus dem Glend des rumänischen Lager. — Ein Stück Abenteuerium, dessen Voraussetzungen dem Wobden abendländischer „Kultur“, auf dem sie noch möglich sind, nicht zur Ehre gereichen.

Viktor Kuburtin, Was ich in Frankreich erlebte. (Rudolf Hoffe, Buchverlag, Berlin SW 68.) 1,00 R.

Ein zweites Gefangenenbuch — das eines Zivilisten, eines Zeitungschreibers vom guten Schlag. Er blieb als Berichterstatter des „Berliner Tageblatt“ in Paris bis zum Tage der Kriegserklärung in den Sirenen, im Vertrauen auf das „humane“ Verhalten der französischen Behörden gegen den fremden Gast. Auf der Fahrt nach der Schweizer Grenze im Automobil wurde er aufgehalten

„Ja, natürlich, das ganze Städtchen liebt Herrn Wilczel und ist stolz auf ihn,“ erwiderte Anka.

Pfarrer Simon bewohnte unten im Kloster einige Zimmer, frühere Klosterzellen. Die Fenster gingen auf einen großen, sehr sorgfältig gepflegten Obstgarten.

Der Pfarrer war soeben durchs Kloster aus der Kirche zurückgekommen und empfing die Gäste mit größter Herzlichkeit in einem kleinen Kassaal. Ein lilagrüner Ton, von den blühenden Fliederbüschen und dem Grün des Gartens füllte den Raum.

Den Eintretenden stutete eine feuchte Kühle entgegen.

„Wie geht's dir, Stachu? Warum warst du gestern nicht bei mir, du Schelm?“

„Es ging nicht, meine Schwestern trafen ein und ich kam gar nicht aus dem Hause heraus,“ entschuldigte sich Wilczel und lächelte dem Pfarrer die Hand.

„Kennen Sie den Pfarrer schon lang?“ fragte Max, sich zu Wilczel wendend.

„Von Kindheit an. Die ersten Buchstaben hat er mir beigebracht, und die ersten Prügel hab' ich von ihm mit dem Pfeisenrohr bekommen. Und zwar reichlich.“ Er lachte.

Unterdessen brachte der Pfarrer verschiedene Lederbissen und Schnaps und stellte alles auf dem Tisch auf.

„Ein Gläschen von diesem Weichelschnaps, meine Kinder, meine Liebsten, bitte, Herr Karl, Herr Baum, Stachu, bitte. Sechs Jahre ist er alt, süß wie Met, und diese Farbe, schaut nur her, die reinsten Rubine.“

Er lief wieder hinaus und kehrte mit einer großen, bauchigen Flasche unterm Arm zurück.

„Sie haben da Vorräte, Herr Pfarrer, deren sich die beste Hausfrau nicht zu schämen braucht,“ sagte Karl höflich.

„Das hat alles meine Anka gemacht. Du brauchst nicht zu erröten, Nidel, brauchst dich nicht zu genieren. Nichts hab' ich gehabt, mein Verehrtester, rein gar nichts, früher! Ja, ja! Anka, das ist Gold.“

Gerührt umfaßte er ihren Kopf mit beiden Händen und küßte sie auf die errötende Stirn.

„Die Herren können noch etwas dableiben, ich muß jetzt das Mittagessen richten,“ sagte Anka und ging.

Auch Wilczel verabschiedete sich und lief nach Hause. Sein jüngster Bruder hatte ihn abgeholt.

„Ein prächtiger Junge,“ meinte der Pfarrer, als Wilczel weg war.

„Eine richtige Lodzi Kanaille,“ bemerkte Karl.

und nach der Festung Besancon gebracht, wo man ihn als der — Spionage verdächtig einlockt. Nach den Vereinigungen mehrmonatlicher Haft mußte er endlich freigesprochen werden und er wurde nach Korsika gebracht. Bis er nach dreieinhalbjähriger Gefangenschaft krank und mit weißen Haaren die Heimfahrt antreten durfte. Die Würdigkeit des Erzählens, gemischt mit dem elementaren Witz des Feuilletonisten, läßt im Kontrast das für den Menschenfreund unsagbar traurige Gesamtbild noch entmutigender erscheinen.

Franz Kellin, Impressionen aus England. Rascher u. Ko., Zürich. R. 1,60.

Von der anderen Seite: die Fahrt durch Frankreich und England, geschildert durch einen Schweizer Offizier, Mitglied der neutralen Austauschkommission. Es ist kein Bericht, vielmehr das innere Erlebnis des Krieges in den Haupt- und Stappentädten, an den göttlichen Tafen der Bekländer, im Gefangenenlager und während deutscher Luftangriffe. Starke Bildkraft, eigener, guter Stil und Kulturempfinden, das tröstet...

Leutnant Udet, Kreuz wider Kolarbe. Jagdflüge. Verlag Gustav Brannbeck, G. m. b. H., Berlin W 85.

Die Tragik der Menschenjagd. Der Verfasser trat als 17-jähriger Gymnasiast bei Kriegsausbruch ins Heer ein und hat wohl — ich weiß nicht genau — vor kurzem sein 40. Flugzeug abgekassiert. Gelassenheit, Wagemut, Geduld, Unbestimmtheit sind in ihm. Das militärische Quentsein überfordert vor der Gewalt des Todes auch. Ein Mann stürzt aus dem Himmel — schade drum! Hand an die Mäße.

Nur der Zeit gilt die Träne der Scham, die für tüchtige Männer keine bessere Sendung hat.

Rgl. Schauspielhaus: „Die Versuchung des Diogenes.“

Ein Akt von Schmidhonn.

Leicht und gefällig schlingt sich das neue Stückchen Schmidhonn um einen spielerischen Einfall. Der alte griechische Weise Diogenes, der, in seiner jagdenhaften Tonne die äußerste Bedürfnislosigkeit als Weg zum Glück und zur Freiheit predigte, tritt in dieser Komödie zugleich als Apostel einer unbekümmert daseien, alle Bedenken der Zivilisation verachtenden Sinnlichkeit auf. In seinem Lobne über das modisch schwächliche galante Weine erinnert er an den Nordstern Pericles in des jungen Goethe übermütiger Farce: Götter, Helden und Wieland.

Ein Häuflein junge Nachtschwärmer aus Korinth treiben im Walde, wo der Philosoph in seiner Tonne nächtigt, ihr Wesen. Unter mächtigem Gelächter hat Diogenes von seinem Berg den Tängen und den Hüften des Stupervöllchens zugehört. Die schöne Ino schlägt vor, durch eine Fopperie den Strobian nach Gebär zu kraufen. Ein zweites Paar hat neben dem Diogenes herangekehrt. Darinnen harret sie seiner Rückkehr aus dem Walde. Er merkt natürlich gleich die Absicht. Gutmütig plant er von sich und von den Mädchen, die zu ihm hinaus gekommen, sein Leben einen Sommer lang mit ihm zu teilen. Sie hätten es noch nie bereut! Nun wendet sich das Pakt. Keugier und Eifersucht erwachen in dem Fräulein, und als sie endlich den erbetenen Reiz erhalten hat, weiß sie, daß sie bei ihrem Mutterhöhnchen von Bräutigam nicht bleiben wird. Ihre Gütekeit verurteilt die übernommene Rolle durchzuführen; sie ruft den Schwarm herbei. Doch nur, um sich dann in die Arme des Diogenes zu werfen, der seines Sieges sicher, ruhig auf sie wartete. Triumphierend zieht das seltsame Pärchen die Tonne vor sich rollend, ab. Ein lustig zugespitztes Schlußbild, das seinen Eindruck nicht verfehlt. Herr Janning, der hier zum ersten Male im Schauspielhause auftrat, traf den Ton sehr glücklich nach des Dichters Absichten. Der nicht nur den Put, sondern auch Reinschheit als Menschenortheit verachtende Janning kam heroisch prägnant heraus. Und doch blieb der Hauber, den er auf das Mädchen ausstieß, glaubhaft. Ein Spröde wildwüchsiger freier Kraft und geistig überlegener Besonnenheit lag über der Gestalt. Fräulein Steinried war eine amuntige Versucherin. Das Ganze unterhielt in anspruchsvollem Tone.

Eine Reustudierung von Kleists zerbrochenem Krug, in welchem Janning den Dorfjäger Adam mit soviel strotzend munterer Natürlichkeit auskottete, daß man an dem nichtsnützigsten Uebel-täter beinahe Wohlgefallen fand, schloß den Abend.

dt.

Notizen.

— Ernst von Wildenbruch's nachgelassenes Drama „Ermanarich der König“, eine mit Theaterschwung behandelte Staatsaktion der gotischen Geschichte mit den bei ihm üblichen politischen Tendenzen, wurde im Dresdener Schauspielhause zum ersten Male gegeben.

„Sie urteilen zu scharf. Ich muß doch meinen Jögling in Schutz nehmen. Von Kindesbeinen an kenne ich ihn. Er wird's schon zu was bringen, mein Verehrtester. Ein stählerner Wille, schlau, findig, aber ein gutmütiger Mensch, an seinen Angehörigen hängt er mit allen Fasern.“

„Was ihn nicht stört, sich über sie lustig zu machen.“

„Das ist schon so eine trotige Natur. Er spottet über sie — freilich ist das nicht schön — aber man kann da nichts sagen, weil er sie doch unterstützt und ihnen allen hilft. Na, jetzt müssen wir wohl zum Essen, Fräulein Anka erwartet uns gewiß schon ungeduldig. Geben die Herren nur voraus, ich muß noch auf einen Sprung zu Vater Liberatus.“

„Das ist ja ein wunderbarer Mensch, euer Pfarrer Simon, nie in meinem Leben bin ich so einem begegnet. Die Gutmütigkeit und die Güte selbst,“ staunte Max.

„Weil man in Kurowo mit der Gutmütigkeit die besten Bekäfte macht, besonders, wenn man noch das Priesterkleid trägt. Versuch doch mal hier vom Schwindel zu leben.“

„Du sprichst ja wie Morik,“ sagte Max unwillig.

Der Pfarrer hatte sie, seinen Rock mit beiden Händen hochhebend, bald eingeholt. Vor dem Herrenhaus trafen sie schon Zajonzkowsk an, der dem alten Worowiecki sehr eifrig etwas erzählte.

„Da ist ja der Schlingel!“ rief der Pfarrer. „Wie geht's dir, mein Lieber? Warum warst du nicht in der Kirche? Hast du denn deinen Pfarrer schon ganz vergessen, wie?“

„Fangen Sie nicht schon wieder an. Ich bin sowieso heute schon schlecht aufgelagt,“ brummte Zajonzkowsk ärgerlich.

„Bitte zum Essen, meine Herren,“ bat Anka, auf die Schwelle tretend.

Bei Tisch schwiegen alle. Anka ließ ihre traurigen Blicke zu Karl schweifen, der ganz verstimmt war, Max musterte die beiden. Zajonzkowsk und der Pfarrer waren mit dem Essen beschäftigt.

„Es ist wohl das Letztemal, daß wir so gemeinsam in dieser Gesellschaft bei Tisch sitzen, in Kurowo,“ fing endlich der alte Worowiecki traurig an.

„Wir können aber doch auch in Lodzi einmal so zusammenhängen. Ich nehme an, daß sowohl der Herr Pfarrer wie Herr Zajonzkowsk uns in Lodzi einmal besuchen werden,“ meinte Karl; bald empfahl er sich, um mit Max seine Sachen zu packen.

(Fortf. folgt.)

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Raymond.

26]

Max erwiderte nichts, und Karl musterte ihn mit Heringschäkung von allen Seiten und belächelte seine auffallend elegante Kleidung.

Als Anka an sie herantrat, begrüßte Wilczel sie untertänig, wurde ganz rot vor Freude, als sie ihn zum Essen einlud, und bedankte sich laut, ganz laut, damit es auch die Vorübergehenden hörten:

„Leider geht es nicht, meine Schwestern sind nämlich auch alle hier, und da muß ich mit ihnen bleiben. Es tut mir aufrichtig leid, daß ich mir ein solches Vergnügen entgehen lassen muß. Vielleicht ein andermal.“

„Wollen wir jetzt zu Pfarrer Simon gehen?“ fragte Anka.

„Ich begleite die Herrschaften,“ sagte Wilczel, „ich muß ihn auch begrüßen.“

Sansam schritten sie über den Kirchhof, in dem dicht gedrängt das Volk herumstand.

Gruppen von Bauern und Bäuerinnen in grellen Kopftüchern und Wolfröcken grüßten sie untertänig, aber die Mehrzahl der Menge, lauter Fabrikarbeiter, die die Feiertage bei ihren Familien verbrachten, stand regungslos da und warf den Fabrikanten herausfordernde Blicke zu.

Nicht ein Gut wurde vor Karl gelüftet, obwohl er in vielen Arbeitern Leute aus seiner früheren Abteilung bei Buchholz erkannte.

Woh zu Anka traten oft Frauen heran und küßten ihre Hände. Karl folgte ihr und stieß die Menge mit den Augen auseinander, Max schaute neugierig herum, und Wilczel, der als Letzter folgte, sprach einige laut und gnädig an:

„Wie geht's euch? Wie geht's euch?“ Er drückte die ihm entgegengetretenen Hände und erkundigte sich nach der Beschäftigung der einzelnen, nach den Kindern, nach der Gesundheit.

Fast alle grüßten ihn und blickten ergeben und stolz zu ihm auf. Sie kannten ihn ja alle noch aus jenen Zeiten, als er sich hier mit ihnen herumbalgte und das Vieh hütete.

„Die kennen Sie ja alle,“ sagte Max, als sie in den Pfarrgarten traten.







# Die deutsche Sozialdemokratie und die sozialistischen Friedensverhandlungen.

Eine Unterredung Troelstra mit Ebert.

Troelstra teilt den niederländischen Wählern mit, er habe am vorigen Freitag mit dem Vorsitzenden der deutschen sozialdemokratischen Partei, Ebert, eine Besprechung in Frankfurt a. M. gehabt. Das Resultat der Besprechung finde man in folgender Antwort, die Ebert auf verschiedene ihm vorgelegte Fragen gegeben habe.

Ebert sagte:

„Es ist anzunehmen, daß die Beratungen im preussischen Herrenhaus in der nächsten Woche zu Ende gehen. Wenn diese Beratungen, wie ich annehme, nicht zum gleichen Wahlrecht führen, und die Regierung darauf den preussischen Landtag nicht auflöst, so werden wir in die schärfste Opposition eintreten. Wegen West-Litowka verweise ich auf die Erklärungen Schwedemanns, die in dem Bericht über die Konferenz mit Troelstra im Haag niedergelegt sind. Von einem bedingungslosen Festhalten an unserem Stockholmer Memorandum kann keine Rede sein. Ich habe bereits im „Vorwärts“ erklärt, daß wir bereit sind, auf einer internationalen Konferenz uns auf den Boden des neutralen Memorandums des holländisch-skandinavischen Komitees zu stellen, d. h., daß wir mit Ausnahme der belgischen und elsaß-lothringischen Frage das Memorandum zu dem unserigen machen. In der belgischen Frage besteht zwischen uns und dem neutralen Memorandum lediglich eine Meinungsverschiedenheit wegen des Schadensersatzes. Dies ist jedoch eine Frage, die man auf mündlichem Wege zu erledigen suchen muß. Unseren Standpunkt in der elsaß-lothringischen Frage müssen wir aufrecht erhalten, aber es ist selbstverständlich, daß wir bereit sind, unseren Standpunkt bei den Erörterungen näher zu begründen.“

Troelstra empfing von der deutschen Parteileitung gestern die Ermächtigung, diese Antwort zu veröffentlichen. Troelstra fügt hinzu:

„Im die Bedeutung dieser Erklärung recht zu begreifen, muß Näheres zu dem Bericht über West-Litowka mitgeteilt werden. Er enthält die Erklärung, daß die deutsche Sozialdemokratie die schärfste Opposition führen werde, falls die deutsche Regierung ein Anerbieten über den Frieden zu verhandeln, aus dem Grunde verweigert, weil auch die im Vertrag Friedensverträge enthaltenen Punkte von neuem bei den allgemeinen Friedensverhandlungen besprochen werden sollen. Ich verweise im Zusammenhang hiermit auf die Erklärungen Eberts im „Vorwärts“ vom 6. September, in denen es heißt, der Frieden im Osten sei für die deutsche Sozialdemokratie nicht unabänderlich, und allgemeine Friedensverhandlungen dürften unter keinen Umständen an dieser Frage scheitern. Das gilt nicht allein von dem Frieden von West-Litowka, sondern im allgemeinen von dem Frieden im Osten, wozu auch der Friede von Bukarest gehört. Die große Bedeutung in der Erklärung Eberts liegt in der Tatsache, daß die deutsche sozialdemokratische Mehrheit die Lösung, die das holländisch-skandinavische Komitee in verschiedenen Fragen gibt, wozu auch die nationalen gehören, übernimmt. Wegen Belgien ist ein Vergleich des deutschen mit dem neutralen Stockholmer Memorandum nötig. Das deutsche Memorandum knüpft die Anerkennung der Unabhängigkeit Belgiens an eine Bedingung, die stets als eine Beschränkung der Freiheit Belgiens auf internationalem Gebiete aufgefaßt wird. Das Stockholmer Memorandum will von keinerlei einzelnen Bedingungen etwas wissen. Die Erklärung der deutschen Partei, die nur in der Schadensersatzfrage von dem neutralen Programm abweicht, ist also ein großer Schritt nach vorwärts. Die deutsche Partei weist in ihrem eigenen Memorandum im allgemeinen jede Wiederherstellung von Kriegsschäden durch die eine oder die andere der kriegführenden Parteien zurück und macht auch für Belgien keine Ausnahme, im neutralen Programm dagegen wird die Regelung der von Deutschland zu bezahlenden Schadensersatzleistungen auf Grund der Erklärung Bethmann Hollwegs vom 4. August 1914 an das Haager Schiedsgericht verwiesen. Jetzt erklärt sich die deutsche Partei bereit, in diesem Punkte mit den Parteien der Internationalen einen Vergleich anzustreben.“

Troelstra schließt: Für die Möglichkeit einer internationalen Konferenz kommt es vor allen Dingen auf den Annäherungswillen der Teilnehmer an. Die deutsche Partei gibt einen Beweis ihres Annäherungswillens, noch bevor die Unterhandlungen begonnen haben, indem sie im allgemeinen den neutralen Standpunkt übernimmt, indem sie für Belgien große Konzessionen macht, in der elsaß-lothringischen Frage bereit ist, ihre Haltung näher zu begründen, und indem sie über das preussische Wahlrecht und über den vorübergehenden Charakter des Friedens im Osten Erklärungen abgibt, die auf die gleiche Linie gestellt werden können, wie die Resolution des französischen sozialistischen Kongresses über eine neue eventuelle Rohverweigerung der französischen Regierung. Hiermit ist eine breite Grundlage für die sozialistischen Friedensunterhandlungen gelegt.

## Die Schlacht am 18. September.

Berlin, 20. September. (SAB) Den am 18. unter schweren Verlusten zusammengebrochenen Durchbruchversuch zwischen Cambrai und St. Quentin haben die Engländer und Franzosen am 19. September im nördlichen Teile der Angriffsfront nicht wiederholt. Es kam lediglich zu starken Teilangriffen. Am Morgen wurden die Engländer südwestlich Sillers Quidain abgewiesen. Am 11 Uhr versuchten sie im Abschnitt Epéhy-Lempire unter starkem Tankenschlag vorzugehen. Nachdem eine größere Anzahl Tanks vernichtet, machten die übrigen Kebr und die englische Infanterie stütete in ihre Ausgangsstellung zurück. Am Nachmittag schickten Teilangriffe bei Couzeaucourt. Ein Angriff, der sich am Gange-Walde vorbereitete, wurde von dem zusammengefaßten deutschen Artilleriefeuer zerlegt. Teilvorstöße nordöstlich Margourt blieben im deutschen Maschinengewehr- und Infanteriefeuer liegen. Bei um 7 Uhr 15 abends wiederholten starken Angriffen zwischen Epéhy und Lempire konnten die Engländer sich lediglich in einem vor- springenden Stellungsteil nordwestlich Lempire festsetzen.

Auf dem südlichen Teil der Angriffsfront vom Omignonbach bis an die Somme gingen Engländer und Franzosen nach starkem um 5 Uhr morgens einsetzenden Feuer zu gescheiterten Angriffen vor. Von dem deutschen Artilleriefeuer bereits in der Entwicklung gefaßt, wurde die feindliche Infanterie auf der ganzen Front unter empfindlichen Verlusten in ihre Ausgangsstellungen zurückgeworfen. Um 12 Uhr mittags schickten die Engländer und Franzosen von neuem tiefergehende Angriffswellen vor. Wiederrum wurden alle Angriffe abge schlagen. Mit Handgranaten schießen deutsche Sturmtruppen dem weidenden Gegner nach, säuberten die Widerstandstiefe vor den deutschen Linien und brachten Gefangene und eine größere Anzahl Maschinengewehre zurück. Bei Offignon-Grand gelang es, die deutschen Linien zu verbessern. Zwischen Alette und Signy stieß ein zwischen 6 und 7

Uhr vortragender eigener Angriff westlich Jonz mit einem französischen zusammen. In hartnäckigen Kämpfen wurden die Franzosen zurückgeworfen.

Englischer Heresbericht vom 19. September abends. Weitere Berichte bestätigen die Schwere des feindlichen Gegenangriffs am 18. September nachmittags nördlich Trescault und die Größe der den feindlichen Divisionen, einschließlich der 6. brandenburgischen Division, zugefügten Verluste. Heute fand ein Gefecht im Abschnitt Hilly Epéhy sowie in der Nachbarschaft von Couzeaucourt statt, wo wir nördlich des Gange-Waldes Boden gewannen. Von der übrigen Schlachtfront werden neue örtliche Gefechte gemeldet. Die Zahl der von uns in den gestern begonnenen Operationen nordwestlich St. Quentin gemachten Gefangenen übersteigt jetzt 10 000. Wir erbeuteten ferner 60 Geschütze.

Französischer Bericht vom 19. September abends. Im Laufe des Tages haben unsere Truppen ihre Angriffe in der Gegend südwestlich von St. Quentin fortgesetzt und ihre Erfolge trotz hartnäckigen feindlichen Widerstandes erweitert. Wir haben Contescourt überschritten, welches vollständig in unserer Hand ist und haben Castrès eingenommen. Mehr südlich haben wir unsere Linien bis an die Ränder von Venah vorgeführt. Auf den Abhängen westlich von Jonz machte der Feind einen neuen erfolglosen Angriff. Unsere Truppen haben alle Versuche vereitelt, dem Feinde schwere Verluste zuzufügen, ihnen vorwärts sichtbar fortgesetzt und an hundert Gefangene gemacht. Deutsche Handstreichkräfte der Maas, in der Gegend von Chambrétes und in den Vogesen waren ohne Ergebnis.

Amerikanischer Bericht vom 19. September. In der Woerw-Gegend unternahm unsere Abteilungen einen erfolgreichen Vorstoß in die feindlichen Linien und machten 15 Gefangene. In den Vogesen wurde ein feindlicher Angriffsvorstoß unter Verlusten abgewiesen.

## Erbitterte Kämpfe bei Dojran.

Der bulgarische Generalstabsbericht vom 18. September meldet von der mazedonischen Front: Im oberen Stumbitale Patrouillengefechte. Bei Strandinol und östlich der Höhe 1050 wurden starke feindliche Stoßtrupps durch Feuer zerstört. Westlich der Cerna besetzten unsere Einheiten ohne vom Feinde gefürchtet zu werden, die neuen ihnen angewiesenen Stellungen, in denen sie sich einrichteten. Ein feindliches Bataillon wurde südlich Guma durch Feuer zerstört. Das Artilleriefeuer war beiderseits zeitweise heftiger auf beiden Seiten des Dojransees. Im Laufe des Tages entwickelten sich südlich und westlich von Dojran erbitterte Kämpfe. Nach überaus kräftiger Artillerievorbereitung, bei der der Feind über 200 000 Granaten verschiedener Kaliber verschoss, griffen drei englische und zwei griechische Divisionen in dichten Massen an. Es gelang ihnen, an mehreren Stellen in unsere vorgeführten Stellungen einzudringen, sie wurden aber durch unerbittlichen Gegenangriff unserer tapferen Infanterie, die in ausgebreitetem Zusammenwirken mit der Artillerie arbeitete, an allen Punkten zurückgeworfen und ließen eine große Zahl Getöteter und Verwundeter auf dem Schlachtfeld zurück. Ueber 500 unverwundete Gefangene, Engländer und Griechen, sowie eine große Menge Waffen und anderes Kriegsmaterial blieben in unseren Händen. Gleichzeitig mit diesen Operationen rückte eine griechische Division im Nordosten des Sees gegen unsere Stellung vor. Nachdem sie sich genügend genähert hatte, wurde sie unter unser Artilleriefeuer genommen und mit großen Verlusten zerstört, wobei sie Gefangene in unserer Hand ließ.

Französischer Orientbericht vom 18. September. Am 17. und 18. September dehnte die Orientarmee der Alliierten ihre an beiden vortagehenden Tagen errungenen Erfolge in weitem Maße aus. Die bulgarischen Divisionen, die sich an der Angriffsfront befinden, fluten in Unordnung auf die Cerna zurück. Untere in der Besetzung begriffenen Truppen stehen an der Cerna auf einem Teile ihres Laufes. Sie haben sich der Bergzone von Djurov Remen und Chazerna bemächtigt, den Fluß Melachitza überschritten und die Gegend von Roden durchschritten. In der Gegend des Dojran-Sees gingen englisch-griechische Truppen gleichfalls zum Angriff über und schkten trotz erbitterten Widerstandes in der ersten feindlichen Linie Fuß. Eine große Zahl von Gefangenen ist bereits in ihre Hände gefallen. Der Angriff dauert fort.

## Wiederbeginn der Landtagsarbeiten.

Das Damoklesschwert der Auflösung.

Das preussische Abgeordnetenhaus, das eigentlich nur bis zum 20. September vertagt ist, wird seine erste Vollsitzung, einem Beschluß des Vorkommens auszufolge, erst am 22. Oktober abhalten. Auf die Tagesordnung soll eine Interpellation des Zentrums gestellt werden, die die Regierung anfragt, welche Maßnahmen sie zu ergreifen gedenkt, um die brennenden Fragen der Bauhand-, Baustoff- und Geldbeschaffung sowie der benötigten Arbeitskräfte für das Wohnungswesen zu lösen und die Wohnungsnot besonders im rheinisch-westfälischen Industriegebiet zu mildern.

Mahgebend für den Beschluß des Vorkommens ist in erster Linie der Umstand, daß ausreichender Beratungstoff nicht vorliegt. Unerledigt sind nur Vorlagen von untergeordneter Bedeutung, deren Beratung in der heutigen Zeit kaum Interesse beanspruchen dürfte. Die großen Vorlagen, die Novelle zum Steuerrecht und die sogenannte Aurland-Vorlage wird dem Landtage nach Mitteilung der Regierung erst Anfang November zugehen. Ein zweiter Grund für die Sinausschiebung der Sitzungen ist in dem Stand der Wahlrechtsberatungen im Herrenhaus zu erblicken. Man will mit der Wiederaufnahme der Arbeiten so lange warten, bis das Schicksal der Wahlrechtsvorlage im Herrenhaus wenigstens einigermaßen geklärt ist. Wie die Situation augenblicklich liegt, ist anzunehmen, daß die Kommission des Herrenhauses, die bekanntlich zwei Lesungen veranstalten will, vor Ende der ersten Oktoberwoche mit ihren Arbeiten nicht fertig wird. Das Plenum des Herrenhauses würde frühestens Mitte Oktober zusammentreten und, da nach der Verfassung die Wahlrechtsvorlage nach Ablauf von drei Wochen nochmals beraten werden muß, so wird, falls die Regierung sich nicht vorher zur Auflösung des Landtages entschließt, der November herankommen, ehe das Herrenhaus endgültig zu der Vorlage Stellung genommen hat. Man hält es in Abgeordnetenkreisen nicht für zweckmäßig, an kleinere Arbeiten heranzutreten, solange das Damoklesschwert der Auflösung über dem Haupt der Abgeordneten hängt.

## Behnke als Stellvertreter Capelles.

Der Staatssekretär des Reichs-Marineamtes von Cavalle ist heute beurlaubt worden. Sein Vertreter ist Vizeadmiral von Behnke. Behnke war bis 1915 Chef des Admiralfstabes, befehligte ein Geschwader und wurde in der Skagerrak-Schlacht verwundet.

## Jugendämter als Volksfrage.

Die von dem deutschen Jugendfürsorgetag zusammen mit der Gesellschaft für soziale Reform veranstaltete öffentliche Kundgebung für Jugendfürsorge fand gestern im großen Saale des Lehrervereinshauses unter sehr starker Beteiligung statt. In drei eindrucksvollen Referaten wurde die Not der Jugend besprochen

und der Ruf nach wirksamer Hilfe erhoben. Der Jurist Prof. Dr. Reubeder sprach von den Eltern als den Hütern öffentlichen Gutes, die nicht in erster Linie Rechte, sondern Pflichten haben. Er forderte, daß Jugendzucht zur Sache des Volkes wird und daß die reichsgesetzliche Regelung der Jugendfürsorge unter Schaffung von Jugendämtern einen Anfang dazu macht. Reichstagsabgeordneter Wiffel schildert die verberblichen Einwirkungen des Krieges auf die Erziehung der Jugend, die deutlicher als je die Notwendigkeit des Ausbaues der Jugendfürsorge uns vor Augen rufen. Die Jugendämter, in denen die Jugendfürsorgebestrebungen zusammengefaßt werden sollen, sind ein Schritt vorwärts auf diesem Wege. Aber damit sie segensreich wirken, müssen sie im Volk wurzeln, und die Anschauungen der arbeitenden Schichten zur Geltung kommen lassen. Fräulein Dr. Väume sprach über die Stellung der Frau zu den Jugendämtern und in ihnen. Hier könne die Frau ihre zum Gemeinwohl geweihte Mütterlichkeit walten lassen. Die Versammlung nahm eine Entschlieung an, die die Ueberzeugung ausdrückt, daß die große Not unserer Jugend durch Vereinhilfsleistung und tatkräftigen Ausbau der gesamten Jugendfürsorge wirksam bekämpft werden muß. Sie begrüßt es als bedeutsamen Fortschritt, daß die preussische Regierung die Errichtung von Jugendämtern vorseht, hält aber trotzdem eine reichsgesetzliche Regelung für unbedingt notwendig. Sie verlangt, daß die Jugendämter als Angelegenheit des gesamten Volkes noch den Grundfragen der Selbstverwaltung ausgebaut und daß, alle Bevölkerungsschichten zu tätiger und verantwortlicher Mitarbeit herangezogen werden. Auch muß die Arbeit der Jugendämter von dem Gedanken der Volkserziehung geleitet sein und darf nicht Gesichtspunkte der Wohlthätigkeit und der Armenpflege in den Vordergrund stellen.

## Krach im gelben Essener Verband.

Schwere Anschuldigungen gegen den Vorsitzenden Adorf.

Am 21. und 22. September hält der „Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter für das Deutsche Reich“, Sitz Essen, einen Verbandstag in Kassel ab. Wir haben uns in letzter Zeit auf Grund uns zuteil gewordener Mitteilungen mehrfach mit dem Gebaren dieses Verbandes und seines Vorsitzenden Adorf zu befassen gehabt. Herr Adorf hat in Verichtungen und Drohbrieffen unsere Enthüllungen zu entkräften gesucht. Jetzt erfahren unsere Angaben und noch vieles andere eine ungeahnte Bestätigung.

Den Delegierten des Kasseler Verbandstages ist eine vertrauliche Anklageschrift gegen den Vorsitzenden zugegangen, die geradezu ungläubliche Mitteilungen über das Treiben dieses gelben Kriegsbeschädigtenorgans enthält. Hinter der Schrift stehen nicht weniger als 21, zum Teil große Ortsgruppen des Verbandes aus Rheinland und Westfalen. Das gegen den Vorsitzenden und seine Helfer in der Verbandsvorstand zusammengebrachte Material hinterläßt einen vernichtenden Eindruck, dabei haben die Verfasser der Anklageschrift mit ihren schwersten Vorwürfen, die sie erst mündlich auf dem Verbandstag vorbringen wollen, noch zurückgehalten.

Finanziell herrscht im Essener Verband ein noch größerer Wirrwarr, als wir ihn bereits dargestellt haben. Trotz intensiver Beteile bei den Unternehmern hat der Verband in kurzer Zeit 26 000 M. Defizit gemacht, wozu der große persönliche Aufwand des Vorsitzenden auf Reisen, sein hohes Gehalt und die luxuriöse Ausstattung seines Bureaus nicht wenig beigetragen haben. Um dem Verband aus der Klemme zu helfen, hat Adorf mit einem Berliner Agenten namens Donner einen Halsabschneidervertrag getätigt. Nach dem Vertrag sollte der Agent u. a. für den Verband sammeln gehen und dafür außer sonstigen Auslagen noch volle 50 000 M. der eingehenden Gelder als Provision erhalten. Vor der Verrichtung dieses Agenten hat die amtliche Kriegsbeschädigtenfürsorge der Rheinprovinz bereits eine öffentliche Warnung erlassen müssen, und momentan soll, wie wir hören, die Angelegenheit Adorf-Donner die Staatsanwaltschaft beschäftigen.

So groß Adorfs persönlicher Aufwand war, so wenig kümmerle er sich um die Befolgung seiner Mitarbeiter. Sie erhielten monatelang weder Gehälter noch Auslagen. Einem Angestellten namens Hufmann erklärte Adorf, daß er ihm das Gehalt erst zahlen würde, wenn er ihm gewisse Kassanotizen und Abschriften von Briefen, die er sich gemacht hatte, aushändigte. Diese Abschriften betrafen die Beziehungen des Verbandes zur Firma Krupp! Es ging u. a. aus ihnen hervor, daß der erste Schriftführer des Verbandes namens Jeller im Einverständnis mit Adorf für die Firma Krupp Kriegsbeschädigte ausspionierte hatte! Obwohl Hufmann die Schriftstücke aushändigte, hat er bis heute nicht sein Gehalt.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir auch das Nähere über die 50 000 M. mitteilen, die Adorf von der Firma Krupp zur Finanzierung des Verbandes erhalten hat und deren Empfang er bestreitet. Das Geld ist durch den Justizrat Wandel in Essen zur Auszahlung gelangt. Der Ausgang der an Adorf gezahlten Summen geht aus den Büchern der Firma Krupp hervor. Adorf hat sich überdies, als er seinen Posten bei der Firma Krupp aufgab, um mit dem anderthalbfachen Gehalt Geschäftsführer des Essener Verbandes zu werden, von der Firma Krupp auf alle Fälle eine persönliche Sicherstellung ausbedungen.

Nach diesen Feststellungen dürfte Herr Adorf endgültig für die Öffentlichkeit erledigt sein.

Dreihundert Pros. am Staat verdient. Zu dieser Notiz vom 14. September teilt uns Herr Reichstagsabgeordneter Karl Diez Konstant mit, daß er vor dem Schlichtungsausschuß Reklamen die von uns zitierten Äußerungen nicht getan habe, da sie — nach seinen Kenntnissen — mit den Tatsachen im Widerspruch stehen würden. Es handelt sich um die Angabe, wonach die Bepelintwerke Schwimmer im Herstellungspreis von 15 000 M. für 60 000 M. an die Reichsverwaltung geliefert hätten.

## Letzte Nachrichten.

Rotono 7.

Amsterdam, 20. September. Wie aus Paris gemeldet wird, ist der ehemalige japanische Minister und frühere Gesandte in Paris, Rotono, in Tokio gestorben.

## Luftpostverbindung Kopenhagen-Berlin.

Kopenhagen, 20. September. „Etrabladet“ zufolge steht die Gründung einer dänischen Luftverkehrs-gesellschaft zur Einrichtung eines regelmäßigen Postdienstes mit beschränkter Personenbeförderung bevor. Es sind folgende Routen in Aussicht genommen: Kopenhagen-Berlin, Kopenhagen-London, Kopenhagen-Stockholm, Kopenhagen-Christiana. Das Gründungskapital ist auf 3 Millionen Kronen festgesetzt.

## Die inneren Wirren Chinas.

Nasel, 20. September. Reuter berichtet aus Shanghai unter dem 11. September: Der chinesischen Presse zufolge habe der britische Gesandte in Peking, Sir Jordan, der chinesischen Regierung die Vermittlung Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika in den inneren Wirren Chinas angeboten.



# Gewerkschaftsbewegung

## Dienstprämien oder Wohlfahrtschwindel?

Noch immer haben die Unternehmer in dem Abbruch von Dienstprämienverträgen mit ihren Arbeitern ein Mittel gesehen, die letzteren an den Betrieb zu fesseln und sie so an der Ausübung des Koalitionsrechts zu hindern. Eine Verschärfung dieses alten Erfahrungssatzes in der Arbeiterbewegung bietet ein Dienstprämienvertrag, mit dem die Firma Carl Freudenberg G. m. b. H. in Weinheim, eine der größten Lederfabriken Deutschlands, ihre Werkbeamten und Arbeiter zu beglücken im Begriffe ist. Der Firma sind in den vier Kriegsjahren durch Oereesanträge reichliche Gewinne in den Schoß geflossen, in dessen die bei ihr beschäftigten Arbeiter nur mit Vorklammern abgepeilt wurden. Kein Wunder, daß die Langmut der Arbeiter ein Ende hatte. Sie, die bisher sich nie um die Organisation gekümmert hatten, strömten dem Lederarbeiterverband nacheinander zu, um mit dessen Hilfe eine Verbesserung ihrer Entlohnung erreichen zu können. Die Firma sah endlich, daß sie eine Aufbesserung der Löhne vornehmen mußte; sie tat aber, um die Arbeiter und Arbeiterinnen der Gewerkschaftsorganisation für die Zukunft wieder zu entzweien, noch ein übriges und stellte dem Arbeitspersonal eine Dienstprämie in Aussicht. Eine solche Dienstprämie ist sicher etwas Verlockendes, wird doch im § 1 des besonders dazu geschaffenen Dienstprämienvertrages allen Werkbeamten, Arbeitern und Arbeiterinnen, sofern dieselben fünf Jahre im Betriebe tätig waren, eine Prämie von 1200 M. in Aussicht gestellt. Die Freude über diese „hochherzige“ Zusage wird jedoch stark herabgemindert durch den § 2 des genannten Vertrages, wonach die Auszahlung der Prämie erst nach weiteren fünfzehn Dienstjahren erfolgt. Es muß also jemand erst zwanzig volle Jahre für die spendable Firma arbeiten, bevor er in den Genuss der Dienstprämie gelangt.

Ein Hoß auf die Freudenbergische Wohltätigkeit aber ist gar der § 3 des Vertrages, worin geltend gemacht wird, daß der Anspruch auf Zahlung der Prämie erlischt, wenn der Arbeiter aus einem die sofortige Auflösung des Arbeitsverhältnisses rechtfertigenden Grunde von der Firma entlassen wird oder wenn er freiwillig aus dem Arbeitsverhältnis ohne Einhaltung einer dreiwöchentlichen Kündigungsfrist ausgetreten ist. Wird also der Arbeiter infolge mangelnden Wohlverhaltens kurz vor Ablauf der zwanzig Jahre von der Firma zum Teufel gejagt — Gründe bieten sich bekanntlich bald —, so fallen die Voraussetzungen für den Bezug der Prämie fort.

Der ganze Prämienvertrag bedeutet für die Freudenbergischen Arbeiter nur ein schimmerndes Blendwerk, durch das sie um die Freiheit ihrer Entscheidung und die Möglichkeit, mit Hilfe ihrer Berufsorganisation sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, betrogen werden sollen.

## Die Lohnbewegung der Metallereffektengürtler.

Die Forderungen (Erhöhung des Stundenlohnes der Gürtler um 30 Pf., der Arbeiterinnen um 15 Pf. und Aufbesserung der Affordpreise um 25 Proz.) sind den Arbeitgebern eingereicht worden. Die in den einzelnen Betrieben geführten Verhandlungen hatten aber — wie die Kommission in einer Gürtlerverammlung am Donnerstag berichtete — ein durchaus unbefriedigendes Ergebnis. Die Arbeitgeber wollen den Gürtlern nur 10 Pf., den Arbeiterinnen nur 5 Pf. Zuschlag zum Stundenlohn gewähren und die Affordpreise nur um 5 Proz. aufbessern. Dabei machen sie noch die Einschränkung, daß Gürtler, welche einen Stundenlohn von 1,50 M. haben, überhaupt keine Lohnzulage erhalten sollen. — Dieser Bericht der Kommission rief in der Versammlung den lebhaftesten Unwillen hervor. Man war entrüstet über das geringe Entgegenkommen der Arbeitgeber, welches einer Ablehnung gleichzuachten ist. Mehrere Redner bestanden auf sofortiger Arbeitsniederlegung. Schließlich wurde aber auf Anraten der Kommission die Leitung des Metallarbeiterverbandes beauftragt, die Forderungen beim Verband der Metallindustriellen zu vertreten.

## Die Arbeiter der Gelbmetallindustrie

beschäftigten sich in ihrer Versammlung am Donnerstag sehr eingehend mit dem Vorschlag der Vereinigung der Beleuchtungs- und Kupferfabrikanter, der die Einsetzung eines paritätischen Ausschusses wünscht, welcher in künftigen Fällen, wo Lohnforderungen gestellt werden, verhandelt, damit Konflikte in den einzelnen Betrieben vermieden werden. Der Vorschlag der Fabrikanten war die Folge der letzten Lohnbewegung. Nachdem die Versammlung das Für und Wider erwogen hatte, stimmte sie dem Vorschlag zu und wählte die Mitglieder für den paritätischen Ausschuss.

## Die Notlage der Lehrlinge, eine Frage der Uebergangsordnung.

Mit diesem Thema befaßte sich das Leipziger Gewerkschafts-Kartell in seiner letzten Versammlung. Nach einem Vortrage von Müllrich wurde folgender Beschluß gefaßt:

Das Gewerkschaftskartell lenkt die Aufmerksamkeit aller derjenigen, die zum Schutze, zur Erziehung und zur Ausbildung der Jugendlichen berufen sind, vor allem aber der Behörden auf die ganz unhaltbaren Zustände im Lehrlingswesen.

Die Ausbildung vieler Lehrlinge ist während der Kriegszeit völlig ungenügend gewesen und die Entlohnung steht häufig in gar keinem Verhältnis zu den Leistungen des Lehrlings sowohl als zu dem, was der Lebensunterhalt erfordert.

Die noch in verschiedenen Berufen übliche Abforderung von Lehrgeld ist unzeitgemäß, denn sie hindert befähigte Jugendliche, sich einem ihnen geeigneten Berufe zuzuwenden.

Eine Verkürzung der jetzt oft unendlich langen Lehrzeit würde bei sachgemäher Ausbildung des Lehrlings dazu beitragen, recht bald einen tüchtigen gewerblichen Nachwuchs zu sichern, deren Gewerbe und Industrie nach dem Kriege dringend bedürfen.

Schließlich ist mit Berücksichtigung eine allgemeine Regelung der Frage der Ueberwindung des Lehrverhältnisses herbeizuführen bei solchen Personen, die infolge ihrer Einberufung zum Militär die Lehrzeit unterbrechen mußten.

Eine anderweitige gesetzliche Regelung des Lehrlingswesens unter Wahrung sozialer Grundzüge und unter Berücksichtigung der veränderten Zeitverhältnisse ist dringend geboten. Schon jetzt aber ist eine schärfere behördliche Ueberwachung des Lehrlingswesens und amtliche Einwirkung auf die Handwerksmeister in der Richtung nötig, daß eine volle berufliche Ausbildung gesichert, eine zutragende Entlohnung gewährleistet und mit ungewöhnlichen und deraulerten Anschauungen aufgeräumt wird.

## Was ist Kohlenmangel im Sinne der Bundesratsverordnung?

Ein interessanter Rechtsstreit, der sich auf die Bundesratsverordnung vom 31. Januar 1918 stützt, wurde vor der Kammer 5 des Berliner Gewerbegerichts verhandelt. Die belagte Verordnung bestimmt, daß Arbeiter in kriegswichtigen Betrieben, wenn sie infolge von Kohlenmangel feiern müssen, Anspruch auf Erstattung von  $\frac{1}{10}$  des Lohnausfalls haben. Auf diese Bestimmung berief sich der Kläger, ein Former der Firma Ludwig Löwe u. Co., der einen Lohnausfall einlegte, der dadurch entstanden ist, daß es zeitweise an Kohle zum Schmelzen des Gußeisens fehlte. — Der Vertreter der belagten Firma vertrat den Standpunkt, die erwähnte Bundesratsverordnung sei auf diesen Fall nicht anwendbar, denn sie könne sinngemäß nur auf Kohlen und Kohle bezogen werden, die als Feuerungsmaterial für Dampfessel und zum Heizen der Arbeitsräume dienen. Schmelzloz für Gußeisen sei kein Heizmaterial, sondern Arbeitsmaterial, ebenso wie Eisen. So wie ein Mangel an Eisen keinen Anspruch auf Erstattung des Lohnausfalls bedinge, so gebe auch der Mangel von Schmelzloz keinen solchen Anspruch.

Das Gericht entschied, die genannte Verordnung sei auch auf Schmelzloz anzuwenden, denn sie mache keinen Unterschied hinsichtlich der Verwendung der Kohle. Der Kläger habe deshalb Anspruch auf Erstattung von  $\frac{1}{10}$  seines Lohnausfalls.

## Aus dem Kriegsausschuss für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Von der Firma B. in Spandau rufen 18 Dreher den Schlichtungsausschuss nach § 13 des S. D. G. an. Es wird festgestellt, daß die Firma den Dreheren Löhne an ihren bisherigen Löhnen gemacht hat und neue Löhne so festsetzen will, daß die Dreher einen bedeutend geringeren Verdienst haben, wie bisher. Als Grund zu dieser Maßnahme erklärt die Firma, daß sie für die Spandauer königlichen Betriebe arbeite und ihr von dort sowie auch vom Kriegsamte über die hohen Verdienste der Arbeiter lebhaftest Vorwürfe gemacht seien. Diese Einwirkungen hätten der Firma Veranlassung gegeben, die Verdienste herabzusetzen. Die Arbeiter erklären, daß die bisherige Verdiensthöhe, die 5—6 M. für die Stunde betrage, eine Folge überaus intensiver Arbeitsleistung sei. Hinzu komme noch, daß die Arbeiter als besonders tüchtig anzupreisen seien und sich auf Grund ihres technischen Könnens außerordentlich vorteilhafte Arbeitsmethoden verschafft haben. Nachdem noch ermittelt wurde, daß die Affordsätze, die die Firma bisher gewährt hat, mindestens in gleicher Höhe bei den staatlichen Werkstätten bestehen, ergeht ein Schiedsspruch dahin, daß der Schlichtungsausschuss die Herabsetzung der Affordsätze ohne Zustimmung der Arbeiterkammer für nicht gerechtfertigt erklärt. Wenn eine Verständigung mit der Arbeiterkammer nicht erzielt wird, hat dieselbe Anspruch auf den Ablehrschein.

Der Mechaniker A. von der Firma L. Großhirschenstraße, hatte Beschwerde erhoben wegen Verweigerung des Ablehrscheins. A. behauptet, wegen Krankheit in dem Betriebe nicht weiterarbeiten zu können. Nach Einreichung der Beschwerde, und nachdem der Arbeitgeber Kenntnis von der Klageerhebung erhalten hatte, ist A. von dem Arbeitgeber geschlagen worden. Im Termin selbst konnte die Sache nicht verhandelt werden, weil die Firma sich durch vorherige Erteilung des Ablehrscheins der mündlichen Verhandlung entzogen hatte.

Der Mechaniker R. von der Firma S. u. J. verlangt den Ablehrschein. In der Begründung führt der Kläger aus, daß ihm einmal der Weg zu weit sei. Er arbeite in Siemensstadt und wohnt in Neudän. Ferner habe er des öfteren Differenzen mit dem Meister gehabt. Und obwohl er als Einrichter von der Firma reklamiert sei, habe ihn dieselbe längere Zeit als Dreher beschäftigt, wobei er einen Verdienst von 2,90 M. erzielt habe. Dann sei er als Einrichter zu einem Stundenlohn von 2 M. beschäftigt worden und erst nach längerer Zeit habe er 2,10 M. erhalten, wofür er ihm bei Beginn dieser Tätigkeit ein Verdienst von 2,90 bis 2,40 M. verprochen sei. Jetzt soll er nun wieder als Dreher arbeiten. Damit ist Kläger nicht einverstanden. Er wünscht vielmehr als Einrichter beschäftigt zu werden, da er auch schon vor seiner Einberufung mehrere Jahre als Einrichter gearbeitet habe. Er führt den Nachweis, daß er bei einer anderen Firma 3,50 M. für die Stunde verdienen könne. Da im ersten Termin eine Verständigung unter den Spruchmittlern des Kriegsausschusses über den Antrag des Klägers nicht zu erzielen war, wird die Sache in einem weiteren Termin unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden verhandelt. Es ist das erste Mal im Kriegsausschuss für die Metallbetriebe Groß-Berlins, daß bei einer Beschwerde eines einzelnen Klägers die Klagefache unter Vorsitz eines unparteiischen verhandelt werden muß. In dieser zweiten Verhandlung wird dem Kläger mit Stimmenmehrheit der Ablehrschein zugesprochen, da die Gründe zum Aufgeben der Beschäftigung ausreichend sind.

10 Robelstischler der Firma J. M. W. Wittenau verlangen eine Verdiensterhöhung von 20 Pf. pro Stunde. Der bisherige Verdienst beträgt 2,20—2,30 M. Die Sache ist bereits mehrmals verhandelt worden, und da auch in diesem Falle keine Verständigung unter den Mitgliedern des Schlichtungsausschusses erzielt werden konnte, wurde die Sache erneut unter dem unparteiischen Vorsitzenden verhandelt. Trotzdem wurde ein Schiedsspruch nicht gefaßt, weil auf Einwirkung des Vorsitzenden die Firma sich freiwillig bereit erklärte, eine Zulage von 10 Pf. für die Stunde rückwirkend vom 9. August ab zu gewähren.

# Parteinachrichten.

## Eine lebhafteste Auseinandersetzung

über die Politik der Partei entspann sich in der letzten Versammlung des früheren Wahlvereins. Reichstagsabgeordneter Genosse Segig referierte über die Verhandlungen im Reichstage. Der Redner erläuterte die wachsende Kriegsschuld, die neuen Steuern, die Ergänzung des Wehrpflichtgesetzes, den Ostfrieden mit Rußland, den mit der Ukraine, mit Rumänien und die Stellung unserer Fraktion zu diesen Fragen. Bezüglich der Zustimmung zu den Kriegskrediten betonte Segig, daß im Falle der Sprengung des Wehrverbotes im Reichstage die Annexionen die Oberhand gewinnen könnten. Zudem haben die Regierungsvorsteher den Fraktionsvorsitzenden Ebert und Scheidemann die Versicherung gegeben, daß die Politik des Verständigungsfriedens im Sinne der Reichstagsmehrheit vom Juli 1917 durch den Amtsantritt des Staatssekretärs v. Hintze keine Veränderung erfahre und daß die Verprechungen innerpolitischer „Reorientierungen“, insbesondere bezüglich des preussischen Wahlrechts, eingelöst werden.

In der Diskussion betonte Genosse Dr. Adolf Braun: Man könne nicht sagen, daß man von dem Wirken der Partei befriedigt sei. Seiten doch selbst in der Fraktion eine ganze Reihe Richtungen vorhanden. Dabei sei die merkwürdigste Erscheinung die große Indolenz, die in der Partei um sich greife. Der Reichstag befinde sich in einer ähnlichen Lage wie zur Zeit der Bismarck-Politik, wo ein bürgerlicher Abgeordneter den Ausspruch tat: Hunde sind wir ja doch! Heute ringe sich die Welt um die Frage, daß der Krieg militärisch nicht beendet werden könne und daß zu dessen Liquidation nicht solche Leute, wie sie seit dem 4. August an der Spitze der Regierung ständen, berufen sein können. Nur halte man die Parteien für gut genug, um die eingedrohte Suppe auszulöffeln. Wohl wüßte kein ernsthafter Mann, daß das deutsche Volk zugrunde gehe, aber die Sozialdemokratie dürfe nicht die Verantwortung für die Politik mit übernehmen, denn man habe sie nach ihrer Meinung nicht gefragt und erst recht nicht nach ihrer Auffassung gehandelt. Landtagsabgeordneter Gen. E. D. res. sagte, wenn Deutschland nach Lage der Sache in einem Verteilungskrieg liege, so bleibe nichts übrig, als die Kriegskredite zu bewilligen. In einer Zeit, wo es sich um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes handle, dürfe man sich nicht in den Schmelzwinkel stellen, sondern müsse positive Arbeit leisten. Genosse S. H. erregte die von den verantwortlichen Stellen bisher betriebene Politik sei ein Faustschlag ins Gesicht der Sozialdemokratie und damit der gesamten Arbeiterkammer gewesen. In ähnlichem Sinne sprachen sich die nachfolgenden Diskussionsredner aus. Genosse D. v. H. erregte hervor, daß die Regierung den Anschluß an die Sozialdemokratie nur dann suche, wenn die Kriegslage ungünstig war. Die Sozialdemokratie müsse nun endgültig verlangen, daß die gegebenen Versprechungen in der inneren und äußeren Politik eingelöst werden, andernfalls seien die äußersten Konsequenzen zu ziehen.

Wesentliche über politische Richtlinien wurden in der Versammlung nicht gefaßt.

## Der Mitgliederstand der französischen Partei.

Die schwache Seite des französischen Sozialismus war seit jeher der geringe Einfluß des Organisationsgedankens auf die Massen. Die Organisation hat nie der Stärke der Parteiververtretung in der

Kammer auch nur annähernd entprochen. Nach dem Bericht, den der Parteisekretär Louis Dubreuilh an den Parteitag erstattet hat, wurden im Jahre 1915 24 033, 1916 fast ebenso viel, nämlich 24 852 Parteikarten abgefaßt. Das Jahr 1917 brachte eine leichte Steigerung auf 28 069. Dagegen wurden bis 31. August d. J. bereits 34 151 Karten verkauft. In den ländlichen Bezirken stagniert die Partei, während sie in den Zentren der Kriegsindustrie ihren Mitgliederstand vermehren kann. Die wenig vermögenden Franzosen in dieser Beziehung sind, erfährt man daraus, daß die Berichtserstatter den Zuwachs von diesen paar Tausend als „notable progression“ (als „einen bemerkenswerten Fortschritt“) bezeichnen.

# Industrie und Handel.

## Die Flucht der Kapitalisten aus dem Vaterland.

Eine erschreckliche Zahl von Kapitalisten sucht ihr Geld in Sicherheit zu bringen, weil sie die Einwirkung der Banknoten, den Zugriff des Steuerfiskus und schließlich politische Unannehmlichkeiten fürchten. Diese Deutschen kaufen nicht deutsche Kriegsanleihe, sondern — argentinische, chilenische, brasilianische, mexikanische, ja selbst serbische und rumänische Renten, mögen sie gut oder schlecht sein. Seit dem 18. Juli herrschte auf dem Exotenmarkt andauernde Panne. Ein anderes Mittel heute, da die Anschaffung fremder Zahlungsmittel zum Schutze der hart mitgenommenen deutschen Währung unter strengster Kontrolle steht, ist die Ausgabe von Schuldverschreibungen durch Gesellschaften, die nach einer Reihe von Jahren in fremder Währung fällig werden. Angehlich soll damit ausländisches Kapital zur Anlage in Deutschland veranlaßt werden. In Wahrheit werden diese Schuldverschreibungen aber in Deutschland abgesetzt und ihre Käufer haben das Glück, das Valutarisiko auf den Schuldner abzuwälzen, der manchmal, aber nicht immer, in schwer verständlichem Optimismus von ihm nicht abzuschöpfende Gefahren eingeht.

## Der Ruf nach höheren Braunkohlenpreisen.

In der Aufsichtsratsitzung der Ilse-Bergbau-Aktiengesellschaft, Grube Ilse, teilte der Vorstand mit, daß die Herstellungskosten in der letzten Zeit dauernd stark gewachsen seien. Die erst mit dem 1. September dieses Jahres eingetretene geringe Erhöhung der Verkaufspreise konnte hierfür nur so wenig einen Ausgleich schaffen, als ein erheblicher Teil dieser Preissteigerung für Aufbesserung der Löhne aufzuwenden ist. Es muß daher schon heute für das laufende Geschäftsjahr, in dem das erhöhte Aktienkapital zum ersten Male in voller Höhe an dem Ergebnis teilnimmt, mit einem Rückgang der Dividenden gerechnet werden, deren Höhe jedenfalls 90 Proz. nicht überschreiten wird. Es ist durchaus notwendig, der im Kriege wesentlich nicht benachteiligten Industrie zu Gemüte zu führen, daß ein Krieg keine Bürgschaft für höchste Dividenden auf ewige Zeiten ist.

## Zum Schutze des Tabakgewerbes.

Die Arbeitgemeinschaft zum Schutze des Tabakgewerbes schreibt uns, daß sie in einer Eingabe an das Reichswirtschaftsamt folgende Gedanken vertreten hat: Die in Deutschland vorhandenen Tabakvorräte sind nach den Mitteilungen der Deutschen Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikanter nur noch so groß, daß sie mit dem Ende des Jahres aufgebraucht und die Zigarrenfabriken zum Schließen gezwungen sein werden. Auf irgend welche erheblichen Zufuhren aus dem Auslande darf wohl kaum gerechnet werden. Die Zigarrenfabrikation ist bisher eine blühende Industrie gewesen, die besondere Bedeutung für unsere Volkswirtschaft schon deswegen hatte, weil sie noch immer den Charakter eines typischen Mittelstandsgewerbes bewahrt hat. Lienen die Betriebe erst einmal still, so wird es für den größten Teil ihrer Inhaber sehr schwer, wenn nicht gar unmöglich sein, sie wieder aufzubauen. Weiter haben in der Zigarrenindustrie mehr als 200 000 Arbeiter Arbeit und Brot gehabt. Die bodenständigen Arbeiter, die in der Zigarrenindustrie noch den Vorteil des Lebens auf dem Lande und des Zusammenhanges mit dem Lande und der Landwirtschaft behalten haben, werden bei der Stilllegung der Betriebe zum größten Teil gezwungen sein, sich andere Beschäftigung zu suchen und in die Städte abzuwandern. Deshalb muß alles versucht werden, die Zigarrenherstellung wenigstens so lange aufrecht zu erhalten, bis der deutsche Tabak aus der Ernte des Jahres 1918 verarbeitungsbereit ist. Zu diesem Zwecke bitten wir, die bestehenden Bestimmungen dahin zu ändern, daß spätestens vom 1. Oktober d. J. ab das Kontingent für sämtliche Hersteller gleichmäßig auf die Hälfte des derzeitigen Kontingents herabgesetzt und verbleiben werde, Zigarren zum Zigarrenbau heranzustellen, die mehr als 4 Kilogramm für 1000 Stück Rohstoffverbrauch beanspruchen. Wir vermischen in der Eingabe die Uebernahme einer Bürgschaft dafür, daß für die mächtig erleichterten Zigarren auch nur niedrigere Preise gefordert werden.

## So wird verdient!

Der Reingewinn des Stahlwerks Rich. Vindenberg Akt.-Ges. beläuft sich auf 3 003 906 M. gegen 3 031 304 M. im Vorjahre. Es wurde beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 25 Proz. (wie i. V.) und einer Vergütung von 150 M. pro Aktie (gegen 100 M. i. V.) auf das von drei auf vier Millionen Mark erhöhte Aktienkapital vorzuschlagen und einen Beitrag von einer Million Mark zur Verfassung einer künftigen Generalversammlung beizubehalten. In der Aufsichtsratsitzung hielt Walter Rathenau, der gelegentlich Kapuginaden gegen den Kapitalismus hält. Wie das Exempel aber zeigt, weiß er mit dem Staate ausgezeichnete Geschäfte zu machen.

Eine neue französische Kriegsanleihe wird jetzt, nachdem die Russen den Sieg das Vertrauen zu der Armee wiederhergestellt haben, zur Zeichnung aufgelegt. Die Zeichnungsbedingungen sind noch nicht bekannt. Es wäre das erst die vierte französische Kriegsanleihe. Die erste war im November und Dezember 1915 als „Eigentümliche“ aufgelegt worden. Sie wurde mit 6 Proz. Zinsen ausgelassen und zu 85 Proz. emittiert. Die zweite, vom Oktober 1916, gleich ihr, sie kam zu netto 87 1/2 Proz. heraus. Die dritte, die im November und Dezember 1917 ausgegeben wurde, war 4 Prozentig und wurde zu 88,80 Proz. aufgelegt. Alle Anleihen war unbegrenzt. Die Zeichnungen auf die erste betragen 13 475 Millionen, diejenigen auf die zweite 11 353 Millionen und die auf die dritte 14 759 Millionen Franken.

Die Aufnahme langfristiger Anleihen ist also in Frankreich weit hinter Deutschland zurückgeblieben. Dafür sind — nicht zum Vorteil seiner Volkswirtschaft — die schwebenden und Auslands-schulden weitläufiger größer.

Freireisende Gemannde. Sonntag, den 22. Sept., früh 10 1/2 Uhr, findet im Berliner Stadtsaal, Eingang Klosterstraße, unsere Jugendweihe statt. Festvortrag: Herr Ernst Dammig, Kinderchor, Kinderkonzert. Eintritt: Erwachsene 30 Pf., Kinder 15 Pf. — Nächste Jugendweihe am 13. Oktober, 9 Uhr.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 22. September, 7 Uhr, in den Pflanzungen, Köpenicker Park: Herbstfest (Kaffee-Orchester, Musikisches Terzett, Gesang, Herr Frieder. Doell, Regitation.) Eintritt: 75 Pf.

Verantwortlich für Politik: Erich Suttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neudän; für Anzeigen: Theodor Gluck, Berlin; Verlag: Gewerkschafts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Gewerkschafts-Druckerei, Berlin; Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3, Ostra 1. Beilage und Interaktionsblatt.